

Frieden ist mehr als nur ein Wort ...

Zum 70. Geburtstag von Prof. Rolf Lehmann, General a. D.

Von Hans Modrow, Europaparlamentarier, Ehrenvorsitzender der PDS

Die Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR ist eng mit den Biographien ihrer Offiziere und Generäle verbunden. Sie ist auch Teil der Geschichte des Warschauer Vertrages und der Spannungen des Kalten Krieges.

Rolf Lehmann gehört zu den Generälen, die in der Nachkriegszeit ein neues Deutschland wollten, in dem Lehren aus der Zeit der faschistischen Diktatur und des Zweiten, so verheerenden Weltkrieges gezogen werden sollten. Mit dem Sieg der Alliierten Streitkräfte über den Hitlerfaschismus, an dem die Sowjetunion den entscheidenden Anteil hatte, war die Rote Armee in seinem und meinem Verständnis zur Befreierin geworden.

Als der Aufbau bewaffneter Streitkräfte in der Bundesrepublik begann, die Bundeswehr entstand und Teil des westlichen Militärbündnisses, der NATO, wurde, war es nur folgerichtig, dass auch in der DDR eine Armee gebildet wurde. Sie erhielt nicht nur den Namen VOLKSARMEE, sondern sie verstand sich auch als solche.

Die Ausbildung ihrer Offiziere war darauf gerichtet, dem Volk und seinem Willen nach Frieden im engen Bündnis mit der Sowjetarmee und den anderen Armeen des Warschauer Vertrages zu dienen.

Rolf Lehmann durchlief selbst diese Ausbildung und gehörte später als General der NVA zum Lehrkörper der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden. Aus dem Soldaten war so auch ein Lehrer und Militärwissenschaftler von hohem Rang geworden.

In dieser Funktion und Tätigkeit lernte ich Rolf Lehmann in Dresden kennen und schätzen. Auch wenn ich keine militärische Ausbildung im engeren Sinne durchlaufen habe - als 17-Jähriger in den letzten Kriegsmonaten zur Hitlerwehrmacht eingezogen, hat man mich nur in der Handhabung von

Karabiner und Panzerfaust unterrichtet, wovon ich Gott sei Dank keinen Gebrauch machen musste - so war ich doch als Soldat der NVA vereidigt worden. Als Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung gewann ich Einblicke in das Militärwesen und eine Vorstellung von den Gefahren, die mit einem neuen Krieg, besonders einem Kernwaffenkrieg, verbunden sein würden.

Die Militärakademie war besonders in den Jahren, in welchen der Jubilar als Militärwissenschaftler und Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung tätig war, offen für Kontakte mit anderen Wissenschaftsakademien und Hochschulen, was ihre Bedeutung und Stellung in der wissenschaftlichen Arbeit und Forschung der DDR nur stärken konnte. Rolf Lehmann hatte daran einen großen persönlichen Anteil.

Es spricht für die Autorität der Dresdner Militärwissenschaftler, dass auch Kreise in der BRD auf die Arbeit aufmerksam wurden. Als sich Ende der 80er Jahre ein Dialog zwischen den Hamburger Friedensforschern um Egon Bahr und Vertretern der NVA zu entwickeln begann, war darin Wissenschaftler der Militärakademie unter Leitung von Rolf Lehmann einbezogen. Diese Kontakte trugen auch dazu bei, dass im Rahmen der Städtepartnerschaft Dresden – Hamburg ein Friedensdialog in Gang kam, getragen von der Militärakademie und dem Institut von Egon Bahr.

Zur Konzeption meiner Regierung gehörte nicht nur das Angebot einer Vertragsgemeinschaft an die Regierung der Bundesrepublik, sondern vor allem die innere Umgestaltung in der DDR selbst. Dazu gehörte auch die Neubestimmung der Rolle der NVA auf der Grundlage einer neuen Militärdoktrin. Zu deren Ausarbeitung haben Rolf Lehmann und die von ihm herangezogenen Wissenschaftler einen wesentlichen Beitrag geleistet, wofür ich ihm gerade an seinem 70. Geburtstag noch einmal herzlich danken möchte. Die in der Endphase der DDR erarbeitete Militärdoktrin war einzig und allein auf eine friedliche Entwicklung in Europa und in der Welt gerichtet und konnte nur als Aufforderung auch gegenüber der BRD verstanden werden, in gleichem Geiste zu wirken.

Das war damals ein mutiger Schritt und eine Chance, im vereinigten Deutschland andere, auf Abrüstung und Frieden gerichtete Schritte zu

gehen. Diese Chance blieb nicht nur ungenutzt, sondern der Auftrag der Bundeswehr wurde dahingehend verändert, dass nicht die Verteidigung der Landes- und Bündnisgrenzen Vorrang hat, sondern die Sicherung der Interessengebiete, deren Bogen sich inzwischen vom Hindukusch bis zum Horn von Afrika spannt.

Die Modrow-Regierung wollte im Herbst '89 nicht nur ein Signal in Richtung Westen setzen, sondern auch Anstöße für einen Wandel im Warschauer Vertrag geben. Dass diese wie auch viele andere kluge Vorstellungen unerfüllte Visionen blieben, hängt ursächlich damit zusammen, dass sich die Vereinigung nicht als ein Zusammenschluss zweier gleichberechtigter Staaten, sondern als Anschluss der DDR an die BRD vollzog, der Warschauer Vertrag rasch zerfiel und das Auseinanderbrechen der Sowjetunion nicht mehr aufzuhalten war.

Die Tinte unter dem sogenannten Einigungsvertrag war noch nicht trocken, da wurde von höchsten Regierungsstellen der BRD die Weisung ausgegeben, die DDR zu delegitimieren und alles, was in über vier Jahrzehnten entstanden war, in den Dreck zu ziehen. Die Verachtung für Lebensleistung und Biographie von DDR-Bürgern äußerte sich besonders drastisch darin, dass jenen, die ihren Dienst in der NVA geleistet hatten, der Stempel „Gedient in fremden Streitkräften“ aufgedrückt wurde. „Gedient in fremden Streitkräften“ lieferte auch die Handhabe dafür, Angehörige der NVA und der Grenztruppen entgegen dem Völkerrecht, wie namhafte Vertreter der juristischen Wissenschaft feststellten, zu verfolgen und zu verurteilen, und dies bis heute, mehr als 13 Jahre nach der staatlichen Vereinigung!

Aus der Geschichte des deutschen Militärwesens wird die Existenz der NVA nicht zu streichen sein. Bei objektiver Bewertung ihrer Rolle wird man nicht an der Tatsache vorbei kommen, dass die NVA zu jeder Zeit dem Frieden verpflichtet und dem Volk der DDR verbunden war. In den Jahren ihres Bestehens haben Millionen junger Menschen ihren Wehrdienst erfüllt. Er mag in seiner konkreten Ausgestaltung in dieser oder jener Weise umstritten sein, doch in der Ausprägung der Wehrmotive war er immer auf die Bewahrung des Friedens, die Verteidigung des Landes und auf

Waffenbrüderschaft gerichtet. Dafür spricht auch die Ausbildung von Offizieren anderer Länder an der Dresdner Militärakademie. Frieden war für Rolf Lehmann und die Genossen an seiner Seite niemals nur ein Wort.

Dass diese Seite der Geschichte der NVA totgeschwiegen werden muss, findet seine Erklärung darin, dass die EU und die Schröder/Fischer-Regierung einen Kurs auf verschärfte Militarisierung, auf Auf- und Umrüstung zum Zwecke der weltweiten Interventionsfähigkeit steuern. Da muss jeder öffentliche Diskurs darüber, dass es machbare Alternativen gibt, unterdrückt werden.

Es mangelt nicht an Büchern über die Geschichte der NVA und über persönliche Biographien von Offizieren und Generälen der NVA. Aber was mir notwendig erscheint und noch immer nicht geschehen ist, wäre eine klare Absage in der Geschichtsschreibung der BRD an Hass, Verleumdung und Entstellung hinsichtlich der Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR. Da hilft auch kein Gerede von den zwei Diktaturen. Das faschistische Deutschland existierte 12 Jahre und verstrickte Europa und die Welt in eine irrwitzige Hochrüstung, bevor es den Krieg vom Zaune brach, der über 50 Millionen Menschenleben forderte. Die DDR existierte 40 Jahre, sie hat weder einen Krieg ausgelöst noch war sie an einem Krieg beteiligt. Trotz der Hochrüstung der antagonistischen Militärblöcke bis zu Kernwaffen, trotz der Erstschlagstrategie der NATO ist es selbst bei größten politischen Zuspitzungen wie im August 1961 während der Kubakrise nicht zu militärischen Aktionen gekommen – eine Tatsache und ein Verdienst, die beiden Seiten, Ost und West, geschuldet sind.

Diesen Dingen auf den Grund zu gehen, wäre Aufgabe einer Geschichtsschreibung, die nicht politische Interessen bedient, sondern sich den Realitäten in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit stellt. Das wäre auch eine Herausforderung, um der Lebensleistung meines Freundes Generalmajor a. D. Prof. Rolf Lehmann gerecht zu werden – auch wenn sie davon ganz gewiss nicht abhängt. Sie steht für sich allein.

Werner von Scheven

„Den Menschen dienen heißt ein Leben lang lernen und sagen was ist“

Gedanken zum 70. Geburtstag von Professor Dr. Rolf Lehmann

Kaum ein anderes persönliches Merkmal prägt den Lebensweg so gewiss und nachhaltig, wie das Jahr, in dem der schaffende Mensch geboren wurde und das Land in dem er gearbeitet hat.

Das Schicksal hat es so geführt, dass Rolf Lehmann und ich noch Kinder im deutschen Reich Adolf Hitlers waren, er kaum drei Jahre älter als ich. Deutschland erlitt seine Teilung schon kurz nach dem Ende des vernichtenden Krieges. Die Schule erlebten wir einige Jahre gleichzeitig in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands. Rolf Lehmann wurde Berufssoldat wie ich. Er 1952 in der Deutschen Demokratischen Republik. Ich 1957 in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Loyalität zu unseren jeweiligen „Obrigkeiten“ formte bei Beiden den Typus des Soldaten, der mehr sein wollte, als ein Militärtechnokrat. Politisches Mitdenken in der militärischen Mitverantwortung eines Sicherheitssystems für Europa und für die Deutschen war von uns gefordert. Es war aber auch unser Interesse. Ein gemeinsames Motiv fanden wir schon bei der ersten Begegnung, nämlich mitzutun, damit von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen soll. Wir selbst hatten nichts beigetragen, dass auf deutschem Boden zwei Staaten entstanden waren, die später eine Rolle als Frontstaaten entgegengesetzter Allianzen der Abschreckung vom Kriege zu übernehmen hatten.

Als wir uns zum ersten Mal begegneten, war das wohl auf beiden Seiten mit gemischten Gefühlen verbunden. Es ereignete sich beim Besuch der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg bei der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden im Rahmen der ersten und erst kürzlich geregelten Kontakte zwischen Bundeswehr und Nationaler Volksarmee vom 5. bis 7. Juni 1990. Ich war als Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr Leiter unserer zehnköpfigen Delegation.

Den Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann lernte ich als Stellvertreter für Wissenschaft und Forschung meines Gegenübers, des Generalleutnants Professor Dr. Hans Süß, kennen. Uns wurde die eindrucksvolle Wirkungsstätte der Militärwissenschaftler der DDR vorgestellt. Ein Institut für Konversion war im Entstehen. Es gab andere Pläne für eine Weiterarbeit als wissenschaftliches Institut nach einer

Konföderation oder Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Der Wille, sich konstruktiv in die Umgestaltung der sicherheitspolitischen Zukunft für alle Deutschen und darüber hinaus einzubringen, war unübersehbar.

Dem Besuch in Dresden folgte ein Gegenbesuch der Militärakademie in Hamburg vom 4. bis 6. Juli. Noch wusste keiner der Beteiligten, was schließlich kommen sollte, nach dem Kohl – Gorbatschow – Treffen im Kaukasus am 16. Juli 1990. Die Begegnung war von professionellem und menschlichem Interesse, aber auch von Unsicherheit geprägt.

Mein eigener und einziger Stellvertreter, Brigadegeneral Dr. Hermann Hagen – im September 1989 in den Ruhestand versetzt – hatte den Generalmajor Professor Lehmann bereits bei einem deutsch-deutschen Offiziersdialog am Egon-Bahr-Institut in Hamburg kennen gelernt. Wie wir wissen, sollte daraus eine langjährige Zusammenarbeit werden.

Ich dachte darüber nach, wie wenig wir voneinander wussten, Bundeswehr und NVA. Vieles war jedenfalls stärker von Unterschiedlichkeiten geprägt als von Gemeinsamkeiten, als wir uns näher traten.

Eine Militärwissenschaft hat in der Bundesrepublik nicht entstehen können. Akademische Grade konnten Berufssoldaten bis in die 80er Jahre nur außerhalb der Bundeswehr erwerben. In den meisten Fällen geschah dies vor dem beruflichen Einstieg als Soldat. Eine wissenschaftliche Fachlaufbahn für Offiziere gab es in der Bundeswehr auch nicht. Wer in der Lehre an Schulen und Akademien in Uniform eingesetzt wurde, übte diese Tätigkeit eine Zeit lang aus, um Erfahrungen aus der Praxis in die Lehre umzusetzen und seine Qualifikation für anschließende andere Tätigkeiten aufzuwerten. Mitarbeit in zivilen Institutionen der sicherheitspolitischen Beratung und der Friedensforschung gab es vereinzelt durch Abstellung von geeigneten Offizieren für eine Dauer von mehreren Jahren.

Eine zivil anerkannte wissenschaftliche Bildung für Truppenoffiziere der Bundeswehr wurde erst in der Zeit Helmut Schmidts als Verteidigungsminister an den neuen Bundeswehr-Universitäten angeboten und zur obligatorischen Grundlage der Qualifikation gemacht (1972).

Es gab den akademischen Austausch von Generalstabsoffizieren mit wissenschaftlichen und Bildungs-Einrichtungen der Verbündeten und des befreundeten Auslandes. Die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg war hier besonders stark gefordert.

Etwas Vergleichbares gab es freilich auch für NVA-Berufsoffiziere, die als Gasthörer an – insbesondere sowjetischen - Hochschulen und Instituten vorrangig gefördert werden sollten.

Wir wussten, dass Militärwissenschaften östlich der Elbe den Zwecken des Klassenkampfes nach dem Marxismus-Leninismus dienen mussten. Wir hatten

gewisse Informationen, dass in der Zeit der Debatten um Abrüstungs- und Reformbestrebungen in der Sowjetunion unter Michael Gorbatschow trotz einer Verharrungstendenz der SED-Führung eine Friedensforschung in der DDR entstand, die sich auch dem Austausch mit Friedensforschern des Westens in gewisser Weise öffnete. Die Mitwirkung von militärwissenschaftlichen Experten der DDR in Uniform wurde für mich erst ab 1988 in Westdeutschland sichtbar, als ich aus dem Verteidigungsministerium an die Führungsakademie versetzt wurde. Seitdem konnte ich über interessante Beiträge von Kapitän zur See Prof. Dr. Wolfgang Scheler und Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann gelegentlich erfahren. Anfang 1990 hörten wir dann von dem Versuch einer Militärreform in der DDR. Heute ist mir durch Nach-Lesen bekannt, wie avantgardistisch die genannten Wissenschaftler und Lehrer bereits seit Mitte der 80er Jahre vorgegangen waren, um Einfluss zu nehmen auf eine demokratische Erneuerung von Staat und Armee im Zeichen eines modern verstandenen, aber immer noch siegesgewissen Sozialismus.

Ab 1989 fiel uns eine Variierung der friedens- und sicherheitspolitischen Publikationen aus Quellen der DDR auf. Es schien jetzt vordergründig mehr um die Erhaltung des Sozialismus und der Warschauer Vertragsorganisation und um wissenschaftliche Kooperation mit DDR-freundlichen Instituten und Persönlichkeiten der Bundesrepublik zu gehen. Die Bundeswehrführung riet ihren Schulen und Offizieren in konkreten Fällen zur Zurückhaltung, was nicht Jeder auf Antrieb verstand. Wie wir heute wissen, wurde das große Spiel um die deutsche Einheit zwischen den vier Mächten mit Gesamtverantwortung für Deutschland gespielt. Hier konnten deutsch-deutsche „Techtelmechtel“ unter Umständen Irritationen auf Kosten Deutschlands bei den Alliierten des Weltkrieges auslösen. In immer zahlreicheren ungesteuerten Einzelkontakten zwischen Angehörigen der Bundeswehr und der NVA nach Öffnung der DDR-Grenzen lag es wohl begründet, dass mit Wirkung vom 1. Juni 1990 gleichlautende Erlasse der Minister Eppelmann und Stoltenberg herausgegeben wurden, mit denen Kontakte zwischen Stäben, Truppenteilen, Schulen und Angehörigen der beiden Armeen geregelt werden sollten.

Das im Westen von nahezu Jedermann geteilte Bild von der Bedrohung durch die sowjetische Militärmacht und ihre Verbündeten war erfahrungsgestützt und wurde von Moskau aus auch keineswegs verschleiert. Antikommunistische Gefühle waren bei großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung bruchlos aus der jüngeren Geschichte übernommen worden.

Dies war den Soldaten bei Gründung der Bundeswehr bewusst. Ein ideologisches Feindbild, wie wir es über die SED und ihre NVA gelernt hatten, kannte die Innere Führung der Bundeswehr jedoch nicht. Und dennoch hatte ich im Frühjahr 1990 meine Zivildozenten und Offiziere an der Führungsakademie zusammenrufen müssen, um Meinungen austragen zu lassen über einen möglichen Beitritt der

NVA zur Bundeswehr in einem staatlichen Einigungsprozess; Meinungen, die radikal und emotional gegeneinander standen. Ich erinnerte an das demokratische Menschenbild, dem das viel ältere christliche Menschenbild zugrunde liegt. Ihm ist die Innere Führung der Bundeswehr von Anfang an verpflichtet. Ich wurde im Verlauf der vielen Mensch-zu-Mensch-Kontakte beiderseits der Teilungsgrenzen darin bestätigt.

Es begann noch während der Delegationsbesuche im Sommer 1990 in Dresden und in Hamburg. Feindbilder verschwanden aus der Wahrnehmung beider Seiten im Zuge der zunehmenden Kontakte zwischen Berufssoldaten der beiden Armeen bis zum Tage der Einheit. Auch einzelne verbliebene Vorbehalte klärten sich im Vollzug der deutschen Einheit bald.

Wir mussten über einander lernen, um unser neues Gegenüber, dann unsere neuen Kameraden, zu kennen und uns verständigen zu können. Mussten uns gegenseitig Geduld und Vertrauensvorschuss abverlangen. Mussten zuhören und uns Fragen öffnen. Mussten uns vor falscher Selbstgerechtigkeit hüten. Ich habe das in meiner Hamburger Begrüßungsansprache ausdrücken wollen, sie ist in Heft 50-2001 der DSS-Arbeitspapiere als Anlage enthalten. Rolf Lehmann erwiderte diese Überlegungen mit seinem Verhalten in einer Weise, dass ich ihm im Herzen verbunden blieb.

Im Bundeswehrkommando Ost Strausberg ab 3. Oktober 1990 war mir der zentrale Bereich der NVA, darunter die Militärakademie in Dresden, anvertraut. Schnelle Auflösung und Übergabe der Liegenschaft war der Auftrag für Dresden. Das Wiedersehen mit der Akademie und ihrem „Verweser“, Oberst Dr. Kolitsch, war nunmehr vom Wissen über das zugedachte Schicksal beschwert. Die Generale waren noch bei Minister Eppelmann entlassen worden. Wir versuchten irgend etwas Sinnvolles zu tun, um den betroffenen Menschen zu helfen. Die Möglichkeiten der militärischen Führung für einen sozialen Ausnahmezustand sind außerordentlich begrenzt und waren es auch hier.

Am 22. Dezember 1990 hielt ich eine Ansprache vor über 800 verbliebenen Angehörigen und Studierenden der Akademie. Ich versuchte zu beschreiben, wie ich den historischen Ort des Augenblickes erlebe und dass die Zukunft nicht nur aus dem Trübsinn des augenblicklich Erlebten bestehen werde. Ob ich die Zuhörer in dieser Stunde erreicht habe, werde ich nie erfahren. Die anschließenden Weihnachtstage habe ich so bedrückt wie noch nie zuvor erlebt.

Für die meisten ehemaligen NVA-Berufssoldaten, die ich im Bundeswehrkommando Ost in Strausberg ab 3. Oktober 1990 und im Korps- und Territorialkommando Ost in Geltow von 1991 bis 1994 kennen gelernt habe, kann ich bekunden, dass sie mit einer urwüchsigen Pflichtauffassung an ihre Aufgaben herangingen, auch wenn sie ihre Entlassungspapiere bereits empfangen hatten. Sie

haben großen Anteil am Gelingen des historischen und einmalig schwierigen Werkes, über das bereits vielfach publiziert worden ist.

Unterschiede sind mir bei den Ehemaligen der NVA aufgefallen im Umgang mit Frustrationsgefühlen, die von der Situation zweifellos begründet waren. Die einen zogen sich in die innere Emigration zurück. Die anderen gaben sich nicht auf, sondern brachten ihr Wissen und ihr Wollen in die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Sie setzten sich Ziele und gingen an die Arbeit. Zu den zuletzt Genannten zähle ich Rolf Lehmann. Er ging auf Gebieten an die Arbeit, für die er neu lernen, umlernen und nachlernen musste. Hergebrachtes Wissen musste täglich am Neuen auf Bestand geprüft werden. Das Neue musste nicht selten aufgrund der ganz anderen Erlebnisse und Erfahrungen in der Vergangenheit infrage gestellt werden.

Heute erleben wir alle, dass die Halbwertszeit des Wissens immer kürzer wird. Wer nicht bereit ist, sein Leben lang zu lernen, kommt bald nicht mehr mit. Rolf Lehmann hat das nicht nur für sich anerkannt, er lebt es vor.

Wissen ist eine Sache, hier kann schon intelligente Neugier bewirken, dass der Mensch dazulernt. Wissenschaft ist geradezu gerichtete „Neugier“ und ihre nahezu uneingeschränkte Erfüllung. Wie eingeschränkt und schwierig die wissenschaftliche Tätigkeit in der DDR gewesen sein muss, lernte ich anschaulich beim Besuch der Militärbibliothek der DDR, wo Dissertationen unter Verschluss gehalten und unerwünschte Literatur zwar verwahrt, aber nur eingeschränkt auswertbar gehalten wurde. Friedensforschung durfte ihren Klassenkampfcharakter nicht verhüllen, musste „antiimperialistisch“ sein, durfte nicht gegen die Ziele des Marxismus-Leninismus instrumentalisiert werden können (U. Wasmuht 1997).

Professor Dr. Rolf Lehmann war auch „nach der Wende“ erkennbar vom wissenschaftlichen Eros erfüllt. Die sogenannte Wende gab es nicht nur für die Bürger der DDR. Sie kam fast zeitgleich für alle Deutschen und für die neue Armee der Einheit. Mancher merkte es erst nach einiger Zeit. Die sicherheitspolitische Landschaft und Architektur veränderte sich so schnell, dass der Wandel immer öfter das Wort im Munde überholte. Gemeinsam mussten wir das neue begreifen und mit unseren jeweiligen Erfahrungen in Vergleich setzen. Ich wurde mehrmals nach Südkorea gerufen. Rolf Lehmann war gefragt als Berater in den neuen Demokratien des Ostens. In der Friedensforschung eröffneten sich neue Felder. Sie hießen zum Beispiel gemeinsame Sicherheit und Europa der Kooperation. Seit spätestens September 2001 kamen wiederum neue Themen und Fragen auf.

Die Öffnung der einst geschlossenen realsozialistischen Welt für wissenschaftliche Neugier nach allen Seiten muss einen wie Rolf Lehmann mit professioneller

Befriedigung erfüllt haben, auch wenn der alte Beruf nicht länger ausgeübt werden konnte.

Wissen ist das Eine. Politische Überzeugungen sind eine andere Sache. Die Bürger der DDR hatten seit 1989 dem System DDR eine Absage erteilt, die deutlicher nicht hätte ausfallen können. Sie wussten, dass es gescheitert war und keine Zukunft hatte. Bei der sozialistischen Überzeugung und Erwartung war das aber gar nicht so deutlich entschieden.

Die Diktatur der Nazis und die diktatorische Form der sozialistischen Parteiherrschaft in der DDR hatten in Folge über mehr als ein halbes Jahrhundert einen wichtigen, Ende des 18. Jahrhunderts begonnenen Prozess rückgängig gemacht, nämlich die Schaffung eines „öffentlichen Raumes“, in dem Ideen, Entscheidungen und Informationen auf einer rationalen und pluralistischen Grundlage ausgetauscht, debattiert und sogar infrage gestellt werden konnten.

Totaler Machtanspruch hat im 20. Jahrhundert allemal eine Zentralisierung und Monopolisierung der öffentlichen Information an der Spitze der Herrschaft verlangt. Er konnte einen öffentlichen Freiraum der Meinungsbildung nicht dulden.

Freilich war das Informationsmonopol im Zeichen von Krieg und Volksempfänger in seiner Wirkung totaler als im Zeitalter des Fernsehens und des Internet. Das Informationsmonopol der herrschenden Partei und ihres Sicherheits- und Propagandaapparates wirkte in beiden seit 1933 aufeinander folgenden Herrschaftsepochen zusammen mit der Aufhebung der Informations-, Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit aller Bürger. Das Resultat war, dass Regimeinteressen dominant, einseitig und erfolgreich in den öffentlichen Raum eindringen und die kollektive politische Metaphorik der Gesellschaft besetzen konnten. Ausnahmen gab es, sie wiegen umso schwerer.

Aus dieser Betrachtung einer gewissen Kontinuität des Schicksals zweier Generationen im 20. Jahrhunderts abzuleiten, die beiden Parteiherrschaften in Deutschland zwischen 1933 und 1989 seien in jeder Hinsicht gleichzusetzen, wäre unwissenschaftlich und falsch.

Wie heute feststeht, hat die SED ihre Informations- und Agitationsarbeit gegenüber der Gesellschaft mit einer gezielten und kontrollierten Mischkost aus Halbwahrheiten, Unwahrheiten und Wahrheiten gefüllt. Die jahrzehnte lang dauernde und nicht durchschaute Verabreichung scheint fortzuwirken, wenn die Bürger der früheren DDR auf jene Wahrheiten treffen, die die Partei bis 1989 auf raffinierte Weise ihrer Informations- und Bildungspolitik beigemischt hatte.

Was mit Blick in die Zukunft offensichtlich gebraucht wird, um kritisch zu unterscheiden und sich ein tragfähiges Urteil als Staatsbürger zu bilden, ist

unbestechliches wissenschaftliches Arbeiten und eine Publikation der Erkenntnisse für den öffentlichen Diskurs. Und dies umso mehr von den Wissenschaftlern, die nach dem Wegfall der Arbeitsbeschränkungen in der Zeit der DDR mit der Vereinigung Deutschlands die garantierte Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit in Anspruch nehmen können. Diese Herausforderung hat Rolf Lehmann erkennbar aufgenommen.

Über das 60. Lebensjahr hinaus engagierte sich Professor Rolf Lehmann für die sicherheitspolitische Beratung aus wissenschaftlicher Arbeit. Dazu gehörte auch die Beteiligung an der Friedensforschung im deutsch- und russischsprachigen Raum. Sichtbarer Ausdruck ist die Gründung, die Leitung und der Fortbestand der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V. Vor allem aber die zahlreichen und Beachtung verdienenden Publikationen der Studiengemeinschaft in den vergangenen dreizehn Jahren.

Es ist dankenswert, dass mit der Arbeit der Studiengemeinschaft auch ein wichtiger Beitrag zur DDR-Geschichte und zur Reflexion der selbst erlebten Vergangenheit geleistet wird. Nur wer weiß woher er kommt, kann die Gegenwart verstehen und weiß seine Schritte in die Zukunft zu lenken. In dem Maße wie dies im steten Austausch mit denen geschieht, die dieselbe deutsche Geschichte auf der anderen Seite der Teilungsgrenzen erlebt haben, kann die Bedeutung und Beachtung des Publizierten noch steigen.

In diesem Sinne bekunde ich meinen aufrichtigen Respekt für den Teil des Lebenswerkes von Professor Dr. Rolf Lehmann, den ich in Kenntnis der Persönlichkeit in der gemeinsamen Bewältigung eines politischen und sozialen Umbruchs begleiten und beobachten konnte.

***Herzliche Gratulation, verehrter General und Professor Rolf Lehmann,
mein Kamerad!***

Mit einem freundlichen Gruß verbinde ich die besten Wünsche für weitere aktive Jahre nach der Feier des Siebzigsten in der Erfüllung wissenschaftlicher Neugier und bei guter Gesundheit.

Geltow im Februar 2004

Paul Heider

Zu den Ursprüngen der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., aus der Sicht eines Militärhistorikers

Als langjähriger Angehöriger des Lehrkörpers der Sektion Gesellschaftswissenschaften der Militärakademie "Friedrich Engels" verfolgte der Autor aufmerksam die Vorgänge an der höchsten militärischen Bildungsstätte der NVA. Sein Weggang im Jahr 1984 fiel zeitlich mit Bestrebungen des Leiters der Politabteilung an der Akademie zusammen, alle gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen in Lehre und Forschung noch direkter und unmittelbarer als bislang den vermeintlichen Erfordernissen so genannter parteipolitischer Arbeit in der Truppe und der psychologischen Vorbereitung der Armeeingehörigen auf den bewaffneten Kampf unterzuordnen. Es ging folglich um eine weitere Instrumentalisierung der sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Für den Lehrstuhl "Geschichte der Arbeiterbewegung und Militärgeschichte" hieß die Schiene, auf der zu fahren war, noch mehr Traditionspflege und Truppengeschichtsschreibung zu betreiben. Das mußte eine weitere Verengung des Blickfeldes zur Folge haben. Um so erstaunlicher ist, daß es dem von Prof. Wolfgang Scheler geleiteten Lehrstuhl dennoch gelang, sich von herkömmlichen marxistisch-leninistischen Auffassungen in der Frage Krieg, Frieden Streitkräfte schrittweise zu lösen und eine weit über die Militärakademie hinausreichende Umwälzung im diesbezüglichen Denken herbeizuführen.¹

Das Verhältnis der Führung der Akademie zu zivilen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR war ambivalent. Bis weit in die achtziger Jahre wurden jegliche Bestrebungen im Lehrkörper, den nach dem Muster sowjetischer Akademien organisierten Lehrbetrieb schrittweise dem ziviler Hochschulen der DDR anzupassen, mit dem Argument zurückgewiesen, man wolle den militärischen Charakter der Akademie durch "zivilistische Methoden" auflockern und verwässern. Andererseits war eine schöpferische wissenschaftliche Arbeit und eigenständige Forschung ohne graduell unterschiedliche Kontakte und Kooperationen mit zivilen wissenschaftlichen Einrichtungen undenkbar. Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann hat als Stellvertreter des Chefs der Akademie für Wissenschaft und Forschung deshalb die Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen der DDR tatkräftig unterstützt und gefördert. Das hat zweifellos seinen Blick für wissenschaftspolitische Vorgänge und forschungsleitende Standpunkte im nichtmilitärischen Bereich geschärft und ihn zu Überlegungen veranlaßt, was davon an der Akademie zur Anwendung kommen könnte. Doch das erklärt noch längst nicht, warum er

¹ Wolfgang Scheler, Die Umwälzung im sicherheitspolitischen Denken der achtziger Jahre, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. (DSS), Heft 50, Dresden 2001, S. 7-21.

später als aktiver General zu den Initiatoren einer tiefgreifenden Militärreform der DDR gehörte, die nach seiner Ansicht wie der aller anderen Mitunterzeichner des Aufrufs, "nicht von oben verordnet werden" dürfte, sondern "eine von allen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam mit der NVA zu lösende Aufgabe"² sei. Mit dieser Orientierung wollte man wohl verhindern, daß eine von oben verordnete und zentralgeleitete Reform kaum über kosmetische Operationen hinausgehen und die Bindung der NVA an die SED und die marxistisch-leninistische Weltanschauung unangetastet lassen könnte. Zum Verhältnis von Streitkräften und Wissenschaft verlangten die Reformer, es müßte "die Freiheit der Forschung und Lehre, der wissenschaftlichen Kritik und Publikation hergestellt und gesichert werden"³. Damit wurden endgültig die von der SED behauptete so genannte Einheit von Wissenschaft und Politik - beim Primat der Politik - aufgekündigt und Grundsätze der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland auch für die DDR und die NVA in den Rang unverzichtbarer Werte erhoben.

Derartige von Rolf Lehmann, wie von den anderen Mitunterzeichnern des Aufrufs zur Militärreform vertretenen Standpunkte sind allein durch seine dienstliche Tätigkeit als Stellvertreter für Wissenschaft und Forschung nicht erklärbar. Sie bedeuteten doch eine Preisgabe der über Jahrzehnte von ihm selbst verfochtenen Position marxistisch-leninistischer Parteilichkeit in der Wissenschaft, die eine unversöhnliche Feindschaft zur so genannten bürgerlichen Ideologie und ihren Vertretern auch in der westlichen Militärwissenschaft bedingte. Sicher waren vom Neuen Denken in der Frage Krieg-Frieden, vom Nachdenken über neue Wege zur Friedenssicherung und generell zu Fragen der Militär- und Sicherheitspolitik, wie es von Michail Gorbatschow und auch von der SED-Führung seit Mitte der achtziger Jahre eingenommen und vom Lehrstuhl marxistisch-leninistische Philosophie an der Militärakademie wissenschaftlich untersucht, erörtert und publiziert worden ist, Denkanstöße auch für den wissenschaftsleitenden General Rolf Lehmann ausgegangen, seine bisher in diesen Fragen eingenommenen Positionen kritisch zu überprüfen. Er zählte zweifellos zu jenen nicht eben zahlreichen Berufssoldaten, unter denen in den achtziger Jahren ein Prozeß des Nachdenkens über den Sinn militärischer Tätigkeit unter den Gegebenheiten der Sinnkrise des Krieges eingesetzt hatte und die sich der Erkenntnis nicht zu entziehen vermochten, daß es in einem atomar geführten Krieg zwischen beiden Koalitionen, NATO und Warschauer Pakt, weder Sieger noch Besiegte geben würde, daß ein solcher Krieg nicht mehr Mittel der Politik sein konnte, sondern das Ende jeder Politik wäre. Urteile international anerkannter Wissenschaftler, aber auch der Friedensforschung der DDR, förderten sein Interesse und stimmten ihn nachdenklich, das um so mehr, als ihm die Gelegenheit geboten wurde, selbst persönlichen Kontakt zu Vertretern der staatlich organisierten Friedensforschung in

² Militärreform in der DDR - Denkanstöße und Vorschläge, in: ebenda, S. 166-172, S. 166.

³ Ebenda, S. 171. Es ist unverkennbar, daß diese Forderung Artikel 5 (3) des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland entlehnt worden ist.

der DDR aufzunehmen. Als im Oktober 1987 an der Akademie der Wissenschaften der DDR der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung gegründet wurde, gehörten Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann und Kapitän zur See, Prof. Dr. Wolfgang Scheler von der Militärakademie zu jenen insgesamt sechs Wissenschaftlern in Uniform, die in dieses Gremium berufen wurden. Von ihnen wurde ein eigenständiger wissenschaftlicher Beitrag zur Lösung militärpolitischer und militärwissenschaftlicher Fragen der Friedenssicherung erwartet. Wie Rolf Lehmann sich erinnert, wurden auf Initiative des genannten Rates Angehörige der NVA über die Ratsmitglieder hinaus immer stärker in die Vorbereitung und Gestaltung von nationalen und internationalen Veranstaltungen einbezogen.⁴ Damit sah sich der Generalmajor Lehmann wohl erstmalig in seiner militärischen Laufbahn nicht nur einmal vor Gewissensentscheidungen gestellt, bei denen er zwischen herkömmlicher militärischer Pflichterfüllung und den neu herangereiften friedenspolitischen Erfordernissen mit deren Auswirkungen auf das Militärwesen zu wählen hatte. Der schließlich in der Endzeit von ihm – zunächst nur gedeckt durch ministeriellen Auftrag - eingeschlagene Weg war insofern beispiellos, als einige Generale und andere hohe Offiziere früherer deutscher Armeen in der Auseinandersetzung um die Frage Krieg - Frieden die Bahnen vorgegebenen militärischen Denkens in der Regel endgültig erst verließen und den "Schwertglauben" preisgaben, als sie sich im Ruhestand befanden und deshalb mit ihrem friedenspolitischen Engagement die eigene Karriere nicht mehr gefährdeten.⁵ Was den sachlichen Gehalt des Wandels betrifft, gibt es dennoch gewisse Ähnlichkeiten mit diesen, ohne daß Rolf Lehmann sich dessen bewußt gewesen sein dürfte.

In Verbindung damit kam es bald auch zu Gesprächen mit Politikern und Militärs aus der Bundesrepublik Deutschland und aus anderen NATO-Ländern. Rolf Lehmann hat sie im oben genannten Beitrag akribisch aufgelistet. Damit gehörten für den in derartige Begegnungen einbezogenen Personenkreis die absoluten Kontaktverbote der Vergangenheit an. Die bislang aufgezwungene Isolierung war durchbrochen und damit war auch das Feindbild obsolet geworden. Nunmehr kam es darauf an, sich in Toleranz und wissenschaftlicher Argumentation gegenüber Andersdenkenden zu üben.

Der Autor kann aus eigener Erfahrung die Feststellung Rolf Lehmanns bestätigen, daß persönliche Eindrücke und Begegnungen Vorurteile fallen ließen, den Blick öffneten und den Willen zum Dialog und zur Verständigung mit dem Partner von der anderen Seite stärkten. Derartige Erfahrungen waren durch die Teilnahme an internationalen Historikerkongressen, sei es in Stuttgart oder in Helsinki zu gewinnen, wenngleich in sehr eingeschränktem Maße, da Kontakte zu Vertretern der

⁴ Rolf Lehmann, Wissenschaftler in Uniform vor neuen Herausforderungen, in: ebenda, S. 21-46, hier S. 23.

⁵ Siehe Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifistische Offiziere in Deutschland 1877 - 1933, Bremen 1999 [Schriftenreihe Geschichte und Frieden, Bd. 10].

westlichen Länder argwöhnischer Beobachtung unterlagen. Gespräche unter den Militärgeschichtlern kamen besonders dann zustande, wenn wie beispielsweise in Helsinki, Heider vom MGI der DDR und ein Vertreter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr mit Beiträgen in ein und demselben Arbeitskreis auftraten. Eine andere Möglichkeit zu Begegnungen ergab sich bei den seit 1988 ermöglichten Archivreisen in das Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg. In dieser Stadt hatte auch das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr seinen Sitz.

Zwischen Historikern der DDR und der Bundesrepublik Deutschland war es in den achtziger Jahren verschiedentlich zu einem Abtasten gekommen, ob zur Geschichte der jüngsten Vergangenheit Forschungsergebnisse gegenseitig ausgetauscht und beraten werden könnten. Mit Blick auf den 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges wurde 1987 nach persönlichen Sondierungen, mit Duldung von Kurt Hager und der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED ein gemeinsames Publikationsvorhaben unter dem Titel "Deutsche Eliten und der Weg in den Krieg" auf den Weg gebracht. Besonders wichtige Aspekte des Gesamtthemas, wie die Rolle der NSDAP, der Diplomatie, der Militärs, der großen wirtschaftlichen Interessengruppen, aber auch der Meinungsführer der beiden christlichen Kirchen, wurden je von einem Autor aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik dargestellt. Die Beiträge wurden zeitgleich und völlig unabhängig voneinander erarbeitet. Es gab folglich keine Möglichkeit zu Polemik mit dem jeweiligen Gegenspieler zu dem von ihm vorgelegten Text. Jeder hatte seinen Part eigenständig zu verantworten und er vertrat auch nur sich selbst und keine Institution. Der Autor des vorliegenden Beitrages, dessen Mitarbeit an dem Unternehmen vom Bereich Wissenschaft im ZK der SED angefordert und vom Verteidigungsminister nach langem Zögern genehmigt worden war, war mit einem Aufsatz zum Thema: "Der totale Krieg - seine Vorbereitung durch Reichswehr und Wehrmacht" vertreten. Sein Gegenspieler, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Müller von der Universität der Bundeswehr in Hamburg, schrieb über "Deutsche Militär-Elite in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges". Mit ihm kam es bald zu einem freimütigen Gedankenaustausch und zu bis in die Gegenwart reichenden freundschaftlichen Beziehungen.

Die Mitarbeit an diesem Projekt war in mancherlei Hinsicht reizvoll. Sie war mit der Hoffnung verknüpft, wenigstens längerfristig auch in der DDR eine Liberalisierung des Wissenschaftsbetriebes und eine Abkoppelung der Geschichtswissenschaft von vordergründiger politischer Bindung zu erreichen, was auch der Arbeit am Militärgeschichtlichen Institut neue schöpferische Impulse verleihen würde. Es ging aber auch um die Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Verständigung und Kooperation mit Kollegen der anderen Seite möglich sein könnte. Daß das mit den in das Projekt einbezogenen Historikern der Bundesrepublik partiell durchaus möglich war, zeigten die vorgelegten Beiträge und die im Ergebnis einer

gemeinsamen Klausurtagung vom 17. bis 19. Oktober 1988 in München erzielten Resultate. Natürlich gab es unterschiedliche Standpunkte und auch gegenseitige Vorbehalte. Sie betrafen sowohl das konzeptionelle Herangehen, wie auch einzelne Bewertungen zu Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Zweiten Weltkrieg. Hier war nicht nur Toleranz auf beiden Seiten geboten, sondern für unsere Seite war gänzlich neu, die Pluralität von Meinungen und Urteilen zur Kenntnis nehmen und respektieren zu müssen. Daß man bei alledem auf beiden Seiten erst ganz am Anfang stand, zeigte sich bei zwar sachlichen und harten, aber schwierigen Diskussionen um ein gemeinsames, die Beiträge überspannendes Vorwort. Schließlich wurde ein solches zum kleinsten gemeinsamen Nenner zustande gebracht. So akzeptierten wir beispielsweise die seitens der DDR bislang in Abrede gestellte Aussage, die von der nationalsozialistischen Herrschaft mit bis zum Genozid sich steigernden Verbrechen sei als historische Erblast von den Deutschen in der Deutschen Demokratischen Republik ebenso zu tragen wie von denen in der Bundesrepublik Deutschland. Daraus ergäbe sich eine besondere Verpflichtung zur Friedenssicherung, auch wenn diese auf beiden Seiten unterschiedlich akzentuiert werde. Diese Aussagen bedeuteten eine Abkehr vom Festhalten an der unsinnigen Behauptung der SED-Führung, die DDR und ihre Bürger gehörten zu den Siegern der Geschichte und lenkten die Aufmerksamkeit auf das Streben nach gemeinsamer Sicherheit.

Insgesamt herrschte bei den Beteiligten beider Seiten, trotz vorhandener Differenzen, Genugtuung und Zufriedenheit, daß am Ende der Klausur festgestellt werden konnte, die Arbeit an dem Projekt habe sich gelohnt und sei abgeschlossen, das Manuskript könne dem Akademie-Verlag der DDR bzw. dem Siedlerverlag übergeben werden, die das zeitgleiche Erscheinen des Bandes in beiden deutschen Staaten sichern wollten. Damit wären zweifellos zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns dem deutsch-deutschen Historikerdialog über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg neue Impulse gegeben und ihm neue, von gegenseitiger wissenschaftlicher Toleranz getragene Dimensionen verliehen worden.

Doch es kam anders. Nach wochenlangem Hinhalten wurden die als DDR-Autoren fungierenden Professoren für den 12. Januar 1989 nach Berlin einbestellt, wo ihnen der Geschichtsreferent der ZK-Abteilung Wissenschaft, Dr. Dieter Lenz, mitteilte, sie hätten die weitere Zusammenarbeit mit den westdeutschen Partnern aufzukündigen. Ein Erscheinen des Bandes sei nicht möglich, da einige westdeutsche Beiträge wissenschaftlich vertretbaren Ansprüchen nicht genügen würden. Natürlich war keiner von den Anwesenden bereit, dieses Verdikt ohne weiteres hinzunehmen, denn es bedeutete Vertrauensbruch gegenüber den westdeutschen Kollegen. Die vorgebrachte Begründung wurde von uns als nicht stichhaltig zurückgewiesen. Lenz mußte schließlich eingestehen, daß es Hager und der Abteilung Wissenschaft in Wirklichkeit darum ging, einer Revision der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, wie sie mit großem Kraftaufwand das

Militärgeschichtliche Institut in Moskau unter Leitung von Dimitri Wolkogonow betrieb, in der DDR nicht den Boden zu bereiten. Man wollte folglich eine disziplinierende Wirkung auch auf nichtbeteiligte DDR-Historiker erzielen, was vorerst auch gelang. Die politische Zensur in der DDR beendete abrupt einen fairen deutsch-deutschen Diskurs zum Gegenstand, was beide Seiten bedauerten und zugleich veranlaßte, die erarbeiteten Studien der jeweils eigenen Seite getrennt voneinander herauszubringen.⁶ Allerdings war das Erscheinen der DDR-Beiträge erst durch die demokratische Revolution vom Herbst 1989 ermöglicht worden.⁷

Eine Reihe der ost- und westdeutschen Autoren wollten sich jedoch nicht damit abfinden. Sie folgten der Einladung von Prof. Dr. Hans-Erich Volkmann, Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, in einer neuen Gemeinschaftsarbeit das "Rußlandbild im Dritten Reich" in Einzelstudien zu untersuchen. Der Autor war in diesem Band mit einem Beitrag "Zum Rußlandbild im Nationalkomitee 'Freies Deutschland' und Bund Deutscher Offiziere" vertreten. Neben dem wissenschaftlichen Anliegen erhielt diese Publikation nach den Worten des Herausgebers auch eine "kollegial-menschliche Rechtfertigung und Dimension"⁸. Die Resonanz auf diesen Gemeinschaftsband war wider Erwarten positiv. In "Die Zeit" war beispielsweise zu lesen, bis heute seien die Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion ein Tabuthema. "Jetzt rückt eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen ins Blickfeld: das Rußlandbild der deutschen Eliten". Der Rezensent bemerkte, der Sammelband verdiene schon deshalb Aufmerksamkeit, "weil an ihm (ein seltener Fall!) bundesdeutsche und frühere DDR-Historiker einträchtig zusammengearbeitet haben. Die Kooperation erweist sich als fruchtbar."⁹ Freilich fehlte es auch nicht an einzelnen feindseligen Reaktionen auf diese Gemeinschaftsarbeit.

Das Militärgeschichtliche Institut der DDR gehörte nicht zu jenen wissenschaftlichen Einrichtungen der NVA, denen aufgetragen war, die mit dem neuen friedens- und sicherheitspolitischen Denken verbundenen militärwissenschaftlichen Aufgaben zu bearbeiten.¹⁰ Das hat verschiedene Gründe, hängt aber vor allem damit zusammen, daß die Militärgeschichtswissenschaft vergangenes Geschehen zu erforschen und zu analysieren hat. Nur wenn das vorurteilsfrei und

⁶ Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, Beck'sche Reihe, München 1989. Der einleitende Beitrag von Broszat: Erfolg und Scheitern eines deutsch-deutschen Zeitgeschichts-Dialoges schilderte die Vorgänge aus seiner Sicht im Detail.

⁷ Ludwig Nestler (Hrsg.), Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation, Berlin 1990. In diesem Band wurden Broszats Beitrag über "Erfolg und Scheitern", die von Ludwig Nestler in Abstimmung mit den DDR-Autoren verfaßte Antwort darauf und die in München erstrittene gemeinsame Einleitung den Beiträgen der DDR-Autoren vorangestellt. Die westdeutschen Kollegen hatten dieser Verfahrensweise zugestimmt.

⁸ Hans-Erich Volkmann (Hg.), Das Russlandbild im Dritten Reich, Köln, Weimar, Wien 1994, S. 7.

⁹ Volker Ullrich, in: Die Zeit, Nr. 45, 4. Nov. 1994.

¹⁰ Siehe Rolf Lehmann, wie Anm. 4, S. 21.

ohne Tabus geschah, konnte sie ihrerseits einen Beitrag zum neuen Denken leisten. Das war zunächst mit Blick auf den bevorstehenden 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges unter Beweis zu stellen.

Bedeutsame Anregungen dazu ergaben sich aus einer intensivierten Zusammenarbeit mit dem Moskauer Institut für Militärgeschichte. Während einer Dienstreise des Direktors des MGI und des Stellvertreters Forschung vom 31. Oktober bis 3. November 1988 erläuterte ihnen der Direktor des Moskauer Instituts, Generaloberst Prof. Dr. Wolkogonow, das völlig neuartige konzeptionelle Herangehen bei der Ausarbeitung einer neuen, auf zehn Bände konzipierten "Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges" (GVK). Er legte dar, welche Probleme auf der Grundlage intensiven Quellenstudiums gründlich zu erforschen seien, so unter anderem die Vorkriegsperiode, insbesondere die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939, die Einschätzung der für die sowjetische Seite äußerst verlustreichen Anfangsperiode des GVK, das Verhältnis von politischer und militärischer Führung und die Rolle der Völker der UdSSR im Krieg und eine Reihe anderer Fragen. Wolkogonow informierte auch über seine Stalinbiographie, mit der es ihm darum gehe, die Verbrechen des Diktators schonungslos aufzudecken. Er machte nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die Diskussion über alle diese Probleme in Fluß war und bot uns an, die Diskussion durch eigene Beiträge zu fördern. Es wurden dazu so genannte Expertengespräche zwischen Vertretern beider Seiten vereinbart.¹¹ Eines dieser Gespräche fand am 14. und 15. März 1989 zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen 1938 bis 1941 am MGI statt. Vom Moskauer Institut waren drei Wissenschaftler angereist, das MGI war mit sechs Teilnehmern vertreten, außerdem nahmen Historiker des IML, der Humboldt-Universität und der Akademie der Wissenschaften teil. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939, wobei von der Existenz eines "Geheimen Zusatzprotokolls" ausgegangen wurde. Es wurden vor allem der Inhalt und die Folgen der Verträge insbesondere für Polen und die baltischen Staaten erörtert. Die damit verbundenen Handlungen der UdSSR seien ebenso zu verurteilen, wie die Auslieferung deutscher Antifaschisten an Hitler. Dennoch blieben viele offene Fragen, die weiterer Klärung bedurften.

Viele der bei dieser Zusammenkunft erörterten Probleme waren auf einer wissenschaftlichen Konferenz zum Thema "Phänomen der Weltkriege im zwanzigsten Jahrhundert", die das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften und das Militärgeschichtliche Institut gemeinsam vom 31. August bis 2. September 1989 in Berlin durchführten¹², erneut Gegenstand der Beratungen. Der neu ernannte Direktor des MGI befaßte sich in seinem Referat zum Thema "Streitkräfte - Faschismus - Kriegsvorbereitung" besonders mit der Genesis der

¹¹ Unterlagen über die Dienstreise im Besitz des Autors.

¹² Siehe Wissenschaftliche Konferenz zum ersten und zweiten Weltkrieg, in: Militärgeschichte, 1/90, S. 103-105.

Funktionskrise des Krieges und mit dem spezifischen Beitrag deutscher Militärs bei der Herausbildung der Theorie vom totalen Krieg, die im faschistischen Deutschland zur Grundlage der Regierungspolitik sowie der Vorbereitung und Führung des Krieges geworden war.

Das Militärgeschichtliche Institut, das ist aus dem Dargestellten zu erkennen, war auf vielfältige Weise bestrebt, aus den revolutionären Umwälzungen des philosophischen Denkens in der Frage Krieg-Frieden-Streitkräfte Konsequenzen für die militärgeschichtliche Forschung abzuleiten und einen eigenen Beitrag zu diesem neuen Denken zu leisten. Dabei ging die im Institut intern geführte Diskussion weit über den Inhalt der veröffentlichten Beiträge hinaus. Dadurch war es möglich, auf einem Kolloquium Anfang 1990 am MGI eine breit angelegte öffentliche Debatte über Erfordernisse eines notwendigen Erneuerungsprozesses der Militärgeschichtswissenschaft zu entfachen.¹³

Es ist im Rahmen des vorliegenden Beitrages nicht möglich, das in dieser Veranstaltung unterbreitete Konzept für ein von politischen Vorgaben befreites neues Wissenschaftsverständnis für die Militärgeschichtsschreibung darzulegen. Hervorhebenswert ist aber, daß es unter den 64 Teilnehmern der historischen Lehrstühle der Militärakademie, der Offiziershochschulen und des Armeemuseums prinzipielle Zustimmung erfuhr, wobei gerade auch Vertreter der Militärakademie mit zustimmenden kritischen und weiterführenden Überlegungen aufwarteten. Die Veranstaltung fand zu einer Zeit statt, als sich an der Militärakademie der Interdisziplinäre Wissenschaftsbereich Sicherheitspolitik formierte. Ein Vorgang, der damals am Militärgeschichtlichen Institut nicht bekannt war. Doch wir gingen wie die reformorientierten Wissenschaftler der Akademie davon aus, "daß ein demokratisch erneuerter Sozialismus (was immer darunter zu verstehen war, P.H.) ein neues politisches System der DDR und ein reformiertes Bildungswesen auch ein neues Geschichtsverständnis verlangen. Nie wieder darf es ein von einer Partei verordnetes, auf eine einzige Denkrichtung festgelegtes Geschichtsbild geben"¹⁴. Die auf das Geschichtsbild bezogene Position wies in Richtung Pluralismus und hat sich im weiteren Verlauf der geschichtlichen Entwicklung als richtig erwiesen.

¹³ Paul Heider, Neue Anforderungen an die Militärgeschichtsschreibung, in: ebenda, S. 3-7; siehe auch Wilfried Hanisch, Militärgeschichtswissenschaft im Erneuerungsprozeß, in: Hans-Joachim Beth, Reinhard Brühl, Dieter Dretz (Hrsg.), Forschungen zur Militärgeschichte. Probleme und Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Berlin 1998, S. 261-292.

¹⁴ Paul Heider, ebenda, S. 3.

Wilfried Schreiber

Die Botschaft der Akademie wurde gehört – Eine Erinnerung

Als vor etwa 15 Jahren die DDR in sich zusammenbrach und als Folge davon die NVA aufgelöst wurde, verband sich das für uns als Berufssoldaten und Wissenschaftler in Uniform mit recht zwiespältigen Gefühlen. Einerseits waren wir glücklich, dass die Blockkonfrontation friedlich beendet wurde – und unsere Mission damit erloschen war. Andererseits waren wir gar nicht glücklich darüber, dass wir unseren „Job“ verloren hatten und plötzlich nicht mehr gebraucht wurden. Zumindest ging es den meisten von uns Älteren so, die als Hochschullehrer in den Streitkräften der DDR gedient hatten.

Inzwischen ist es auch nicht mehr so populär, an die alten Geschichten zu erinnern. Wer sich von den ehemaligen Militärs der DDR berufen fühlte, seine Memoiren und Reflexionen zu schreiben, hat das längst getan. Die Öffentlichkeit hat es mehr oder eher weniger zur Kenntnis genommen. Mir wird es mit meinem Beitrag nicht anders ergehen. Dennoch gibt es für mich gute Gründe, auf einige Prozesse aus den 80-er Jahren zurückzukommen:

- Da ist als Erstes der 70. Geburtstag von Rolf Lehmann, dem dieses Heft gewidmet ist und den ich vor allem aus gemeinsamer Arbeit im Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung der DDR ab 1987 sehr schätze. Als Stellvertreter des Chefs der Militärakademie für Forschung ist es ihm zu einem großen Teil zuzuschreiben, dass sich kritische und kreative Kräfte des Lehrkörpers der Akademie entfalten konnten und bis heute mit nach vorn gerichtetem Blick wissenschaftlich aktiv geblieben sind.
- Zum anderen gibt es für mich einen sehr persönlichen Grund. Ich hatte das Glück, nach dem Ende der NVA nochmals einen neuen Beruf zu ergreifen und fast 12 Jahre in einem Consulting-Unternehmen tätig zu sein. Ich habe das als Chance verstanden, um zu meinem bisherigen Berufsleben erst einmal Abstand zu gewinnen und meinen Platz in der neuen Gesellschaft zu finden. Nunmehr ebenfalls im Ruhestand, finde ich es interessant, aus etwas größerer Distanz und einer anderen historischen Perspektive über unserer Arbeit in den letzten Jahren der DDR und der NVA noch einmal nachzudenken.
- Und dann gibt es noch einen Anlass, um meine sicherheitspolitische Denkpause zu beenden: das ist die gravierende Veränderung der internationalen politischen Situation in Europa und der Welt. Ende der 80-er Jahre waren wir zutiefst davon überzeugt, dass ein Krieg in Europa nicht mehr möglich ist. Das hat sich ganz offensichtlich geändert. Krieg – wenn auch in anderen Dimensionen – ist wieder möglich und auch in Europa zur Realität geworden. Damit stellt sich verstärkt die Frage, wie die in der Periode der Blockkonfrontation gesammelten Erfahrungen für gewaltfreie Konfliktlösungen heute weiterentwickelt und umgesetzt werden können.

Dabei gibt es für mich keinen Zweifel, dass unsere Bemühungen zur Friedenssicherung in der Zeit des Kalten Krieges durchaus Bedeutung für die globale Friedensbewahrung in der Gegenwart haben. Das soll hier aber im Einzelnen nicht weiter diskutiert werden. Dafür ist es ein viel zu komplexes Thema, das umfangreicher Recherchen und ernsthafter wissenschaftlicher Überlegungen bedarf.

Wolfgang Scheler hat hierzu im Heft 50 der DSS-Arbeitspapiere bereits wichtige Grundlagen gelegt.¹⁵ Hier sollen lediglich ein paar ganz persönliche Eindrücke aufgeschrieben werden, wie vor allem in den 80-er Jahren ein neues sicherheitspolitisches Denken in den Streitkräften der DDR entstand und real um sich griff.

Neues sicherheitspolitisches Denken an der Militärakademie

Die weltanschaulich-theoretischen Grundlagen für ein sicherheitspolitisches Umdenken in der NVA wurden zweifellos an der Militärakademie in Dresden geschaffen, wo sich bereits seit Mitte der 70-er Jahre vor allem die Philosophen sehr intensiv mit der Frage von Krieg und Frieden zu beschäftigen begannen. Bis dahin dominierte der Kriegsbegriff in der militärphilosophischen Forschung, während der Friedenbegriff in diesem Zusammenhang keine explizite Behandlung erfuhr. Krieg in Korrelation zum Frieden in den Mittelpunkt zu stellen, bedeutete eine grundlegende Erweiterung der bisherigen Beschränkung der philosophischen Forschung an den Lehreinrichtungen der NVA auf den Zusammenhang von Krieg und Streitkräften.

Schon 1977 erschien im Dietz Verlag als Ausdruck dieser Neuorientierung die Arbeit „Die Einheit von Frieden und Sozialismus“ von Wolfgang Scheler und Erich Hocke.¹⁶ Diese Arbeit bot vor allem einen philosophischen Ansatz, um den konsequenten Verteidigungsauftrag der NVA zu begründen und erteilte jeglichen Erstschlagsoptionen, die damals noch in den Köpfen einiger Militärs herumspukten, eine Abfuhr.

Um die Wende zu den 80-er Jahren spitzte sich die internationale Lage mit der Einführung neuer nuklearer Mittelstreckensysteme in der NATO und der WVO beträchtlich zu. Ins Bewusstsein der Bürger in Ost und West drang immer mehr die Gefahr eines Untergangs der gesamten Menschheit in einem Kernwaffenkrieg bzw. in dem darauf folgenden nuklearen Winter. In diesem Zusammenhang wurde die bis dahin in der NVA gültige These vom gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus in einem Krieg mit dem Kapitalismus durch die Gruppe um Scheler offen in Frage gestellt. Das war ein bedeutender Einschnitt im bisherigen Denkmuster der SED.

Fast zwangsläufig ergab sich daraus die Diskussion um die Gültigkeit der Clausewitzthese vom Krieg als Mittel zur Fortsetzung der Politik. Auf der Karl-Marx-

¹⁵ Siehe W. Scheler, 10 Jahre danach: Neuer Kalter Krieg oder gemeinsame Sicherheit. In: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdner Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS). DSS-Arbeitspapiere, Dresden, H. 50-2001, S. 123 ff.

¹⁶ Siehe E. Hocke/W. Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart, Berlin 1977.

Konferenz der NVA im März 1983 vertrat Wolfgang Scheler erstmals öffentlich die Auffassung, dass Krieg nicht mehr ein Mittel der Politik ist, sondern das Ende der Politik wäre. Er schockierte die Armeeführung und insbesondere die PHV vor allem dadurch, dass er auf diese Weise die Frage nach der Gültigkeit der bisherigen marxistisch-leninistischen Wesensbestimmung des Krieges aufwarf.

Die Führung der SED hatte zu diesem Zeitpunkt aber bereits eine Wende in ihrer Sicherheitspolitik eingeleitet, die von der Führung der Streitkräfte jedoch sehr zögerlich aufgenommen wurde. Das widerspiegelte sich insbesondere in der Auseinandersetzung um das Buch „Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges“¹⁷, das 1984 von einem Autorenkollektiv der Militärakademie unter Leitung von Wolfgang Scheler veröffentlicht wurde. Die PHV wollte das Buch ursprünglich als Lehrbuch für die Ausbildung an den militärakademischen Einrichtungen und den Offiziershochschulen nutzen. Die in dem Buch vertretene konsequente Ablehnung des herkömmlichen Kriegführungsdenkens wurde seitens der PHV zunächst mit Ignorierung der Arbeit bestraft. Mit einjähriger Verzögerung – nachdem das Buch in der Öffentlichkeit große Beachtung erzielt hatte – erhielt das Autorenkollektiv dann durch den Minister für Nationale Verteidigung den Friedrich-Engels-Preis I. Klasse.

Die widersprüchliche Haltung der militärischen Führung der DDR hing sehr stark mit den Umbruchprozessen in der Sowjetunion zusammen. Gorbatschow hatte mit seiner Wahl zum Generalsekretär der KPdSU 1985 ein neues außen- und sicherheitspolitisches Denken eingeleitet. Die theoretische Begründung hierfür – insbesondere von Schachnasarow formuliert – war auch in der DDR schon 1984 nachzulesen.¹⁸ (4) Dazu kam, dass die SED mit ihren Bemühungen um eine „Koalition der Vernunft“ den sowjetischen Positionen recht nahe kam.

Die Bremser für das neue sicherheitspolitische Denken kamen vor allem aus dem sowjetischen Oberkommando, an das die führenden Militärs der DDR gebunden waren. Die oft widersprüchliche Haltung des MfNV der DDR erklärt sich damit besonders aus dem Schwanken zwischen der Treue zur neuen sicherheitspolitischen Linie der SED und dem militärischen Gehorsam gegenüber dem Oberkommando der WVO. Demnach bestand für konservative Köpfe in der NVA ein unlösbarer Widerspruch zwischen dem Ringen um Abrüstung und ein neues System der gemeinsamen Sicherheit einerseits und dem traditionellen militärischen Auftrag, die Soldaten physisch, psychisch und ideologisch auf den Krieg vorzubereiten andererseits.

Die widersprüchliche Haltung der Armeeführung bedeutete aber auch, dass sich die Wissenschaftler der Streitkräfte – wie alle anderen Wissenschaftler der DDR

¹⁷ Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges. Hrsg. von der Militärakademie „Friedrich Engels“, Autorenkollektiv unter Leitung von W. Scheler, Dietz Verlag Berlin 1984, 282 S.

¹⁸ Siehe G. Ch. Schachnasarow; Die politische Logik des Nuklearzeitalters. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, H. 5/1984, S. 451 ff.

auch – in ihrem Ringen um neue Positionen durchaus auch auf Autoritäten aus der UdSSR und der DDR stützen und damit Angriffe abwehren konnten.

Mit der „Philosophie des Friedens“ war der theoretische Grundstein für das Gebäude eines neuen Denkens über Krieg und Streitkräfte in der DDR gelegt. Nunmehr, d.h. etwa ab Mitte 1985 ging es darum, das Gebäude des neuen Denkens zu vollenden. In der folgenden Zeit erschien zahlreiche Arbeiten auch von anderen Autoren der Militärakademie wie von Siegfried Fischer, Siegfried Keil, Erich Hocke u.a. Am prägnantesten fand die „Philosophie des Friedens“ ihre Fortsetzung in zwei Grundsatzartikeln von Wolfgang Scheler Anfang 1987 im Militärwesen.⁽⁵⁾ Die Ideen hierzu waren zwar schon im Sommer 1986 formuliert und auf einer Konferenz der deutsch-sowjetischen Philosophenkommission in Jerewan vorgetragen worden; es vergingen aber 9 Monate, bis sie in der DDR veröffentlicht werden konnten. In den beiden Artikeln skizzierte Scheler den Hauptinhalt des neuen Denkens über Krieg, Frieden und Streitkräfte und löste dabei auch den scheinbaren Widerspruch zwischen dem neuen Denken und dem militärischen Auftrag der NVA auf.

Im neuen Denken über Krieg und Streitkräfte hatte die Verhinderung einer nuklearen Katastrophe die oberste Priorität für das militärische Handeln aller Staaten. Die Bewahrung des Friedens als höchstes Gut der Menschheit stand im Interesse aller Klassen und gesellschaftlichen Kräfte – frei von allen ideologischen Beschränkungen und Vorbehalten. Das anzuerkennen war für konservative marxistisch-leninistische Denker keineswegs Selbstverständlichkeit. Ebenso wenig, dass Frieden und Sicherheit nicht mehr durch den Einsatz militärischer Mittel bewahrt werden können und auch, dass das Streben nach militärischer Überlegenheit das Haupthindernis auf dem Wege zu einem gesicherten Frieden ist. Im neuen Denken konnte das militärstrategische Gleichgewicht lediglich der Ausgangspunkt und das Prinzip für eine etappenweise Abrüstung auf der Basis der Parität – bis hin zur Friedenssicherung ohne militärische Druckmittel sein.

Dementsprechend forderten die Philosophen der Militärakademie ab Mitte der 80-er Jahre verstärkt ein neues Verständnis des militärischen Auftrags der NVA. Ziel der militärischen Friedenssicherung musste immer mehr die Verhinderung einer atomaren Katastrophe - und zunehmend auch die Verhinderung eines jeglichen Krieges - durch Wahrung der Parität auf immer niedrigerem Niveau werden. Damit erweiterte sich die Funktion der sozialistischen Streitkräfte. Einerseits ging es nach wie vor darum, eine – so unwahrscheinlich es auch war – Aggression der NATO zum tödlichen Risiko für den Angreifer werden zu lassen. Andererseits mussten die sozialistischen Streitkräfte selbst zu einem aktiven Instrument in der Wende zu einer politischen Friedenssicherung werden. D.h., es ging darum, die NVA aktiv in Entspannung, Abrüstung und Dialog einzubeziehen.

In den Grundsätzen einer neuen Militärdoktrin der WVO vom Mai 1987 wurde diese – bis dahin eher theoretische Option – zur praktisch-politischen Forderung

erhoben. Faktisch waren diese Grundsätze ein Programm zur schrittweisen Umstellung der Friedenssicherung in Europa auf eine vorwiegend politische Grundlage mit immer weniger Mitteln.⁽⁶⁾ Damit wurde das neue sicherheitspolitische Denken gewissermaßen staatsoffiziell, was zweifellos eine offenere Diskussion im Offizierskorps der NVA erleichterte.

Man muss sich heute darüber im Klaren sein, dass all diese Überlegungen für ein neues Herangehen an die Friedenssicherung in Europa unter den Bedingungen der damaligen Blockkonfrontation und Systemauseinandersetzung gemacht wurden. Da gab es auf beiden Seiten viele Vorbehalte, Unsicherheiten und Missverständnisse. Der schon Jahrzehnte andauernde kalte Krieg hatte zu einem tiefen wechselseitigen Misstrauen geführt. Die damit verbundenen Denkgewohnheiten im Offizierskorps der NVA und die immer noch am alten Denken orientierten ideologischen Vorgaben der Armeeführung, insbesondere der PHV, machten es schwer, das neue Denken aufzunehmen und weiterzugeben.

Schwierigkeiten und Chancen eines Umdenkens im Offizierskorps

Auch meine eigene Lehreinrichtung, die Militärpolitische Hochschule (MPHS), befand sich im permanenten Konflikt zwischen dem traditionellen und dem neuen sicherheitspolitischen Denken. Besonders seit 1984, nach dem Erscheinen der „Philosophie des Friedens“, blieben die Ideen der Militärakademie dauerhaft Gegenstand der internen Erörterung und Auseinandersetzung in den wissenschaftlichen Arbeitsgruppen und Parteikollektiven der Hochschule – ohne dass sich diese Ideen sofort in der Lehre umsetzen ließen. Dazu bedurfte es hier etwas mehr Zeit. Die besondere Widersprüchlichkeit des Erkenntnisprozesses an der MPHS hängt vor allem mit dem Status dieser Einrichtung zusammen. Einerseits war die MPHS für die PHV eines der wichtigsten Instrumente zur ideologischen Beeinflussung des Offizierskorps der NVA. Dieser Anforderung konnte sich die Führung der MPHS nicht verschließen – und wollte das auch gar nicht. Andererseits bestand der Lehrkörper aus gebildeten Offizieren, Wissenschaftlern in Uniform, die zum großen Teil in der Lage waren, ohne ideologische Scheuklappen zu denken. Für die Lehrkräfte gab es im Rahmen ihrer eigenen Lehrveranstaltungen beträchtliche Freiräume. Viele Lehroffiziere pflegten enge Beziehungen zu zivilen Hochschuleinrichtungen, zur Militärakademie oder zur Akademie der Wissenschaften der DDR und konnten durchaus über den Tellerrand blicken. Ich habe immer wieder den Eindruck, dass viele unserer Bürger aus den alten Bundesländern glauben, das wissenschaftliche Leben der DDR – und besonders in der NVA – sei ausschließlich ideologisch gesteuert worden. Die rigorose Abwicklung der Lehrkräfte aller Hochschuleinrichtungen der DDR hat sicher wesentlich dazu beigetragen, dass sich dieses Vorurteil bis heute gehalten hat und immer noch gepflegt werden kann. Die Militärakademie ist mit ihren zahlreichen Arbeiten zu einem neuen sicherheitspolitischen Denken das beste Beispiel dafür, dass und wie auch innerhalb straffer militärischer und Parteistrukturen kreatives Denken möglich war – und sich sogar durchsetzen konnte.

Ich selbst hatte relativ günstige Bedingungen, um den Zugang zu diesem neuen Denken zu finden. Als Militärökonom war mein wissenschaftliches Spezialgebiet die Internationalisierung der Rüstungswirtschaft in Westeuropa. Auf diesem Gebiet habe ich an der Militärakademie 1984 meine B-Promotion (heute würden wir wohl wieder Habilitation sagen) verteidigt. Das kreative Denken an der Militärakademie war mir also sehr vertraut – und die Träger dieses Denkens waren mir auch gut bekannt. Meine Beschäftigung mit den komplexen internationalen Wirtschaftsverflechtungen machte sehr schnell die Anfälligkeit der Infrastruktur und der Logistik gegen Kampfhandlungen jeglicher Art bewusst. Dazu kam die seit Anfang der 80-er Jahre zunehmenden Bedrohungen Zentraleuropas durch nukleare Mittelstreckenwaffen und den Übergang zu einer umfassenden Hochtechnologierüstung. Eigentlich gehörte gar nicht so viel Verstand dazu, um zu begreifen, dass sicherheitspolitisches Denken in militärischen Kategorien völlig überholt war. Schließlich waren wir als Wissenschaftler auch alle Offiziere mit Truppenerfahrung und hatten konkrete Vorstellungen, was in einem Krieg *in* Deutschland und *mit* Deutschland passieren würde.

Bemerkenswert ist eigentlich nur, dass die Kritik an dem bisherigen sicherheitspolitischen Denken in erster Linie aus dem Offizierskorps der NVA selbst kam. Das heißt, Offiziere der NVA haben sich als Wissenschaftler in einer öffentlichen Diskussion zu brisanten politischen Fragen geäußert. Hier scheint mir auch eine Besonderheit gegenüber der Bundeswehr zu bestehen. Das neue sicherheitspolitische Denken in der alten Bundesrepublik kam aus zivilen und eher nichtstaatlichen Institutionen. Ich denke da vor allem an das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FES) in Heidelberg. Diese Institutionen standen der SPD nahe und haben das Konzept der gemeinsamen europäischen Sicherheit selbst mit entwickelt. Inwieweit die dort erarbeiteten und vertretenen Auffassungen dazu beigetragen haben, das alte Abschreckungsdenken in der Bundeswehr zu relativieren oder gar zu überwinden, kann hier nicht eingeschätzt werden. Auf jeden Fall gab es auch in der Bundeswehr Offiziere, die bereit waren, in den neuen Kategorien zu denken und darüber nach 1987 auch mit Offizieren der NVA zu sprechen – gewissermaßen in einen Dialog einzutreten. Aber das sollte in einem anderen Zusammenhang erörtert werden.

Dass in der DDR ein neues Herangehen an die Frage von Krieg und Frieden gerade in der NVA theoretisch begründet wurde, hängt auch mit der Struktur des Aus- und Weiterbildungssystem der Berufssoldaten der NVA zusammen. Die Heranbildung von Offizieren erfolgte ausschließlich in Hochschulen der Streitkräfte. Eine Ausnahme bildete eigentlich nur die Ausbildung der Militärärzte. Für die NVA galt das Prinzip, dass die Lehr- und Forschungskräfte an den Offiziershochschulen und militärakademischen Einrichtungen aktive Offiziere waren und vor

ihrer wissenschaftlichen Laufbahn in der Truppe gedient haben mussten. Zumindest war das die Regel.

Damit soll eigentlich nur gesagt sein, dass es in der NVA ein relativ großes Potenzial an Wissenschaftlern in Uniform gab, die als aktive Soldaten - mehr oder weniger öffentlich - über Krieg und Frieden nachdenken *konnten*. Unabhängig davon, wie hoch der Anteil jener war, die diese Möglichkeit auch wirklich genutzt und sich engstirniger Bevormundung entzogen haben. Die Philosophen der Militärakademie haben sich auf jeden Fall unüberhörbar zu diesen Fragen geäußert. Man kann sogar sagen, dass sie in der DDR hierzu lange eine Monopolstellung hatten. Die Philosophen der Akademie der Wissenschaften der DDR und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen machten diese Thema nicht zum Gegenstand ihres theoretischen Denkens, sondern überließen das den Philosophen in Uniform. Erst in den 80-er Jahren und dann vor allem mit der Gründung des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung der DDR im Oktober 1987 wurde die Diskussion zu Fragen der Sicherheitspolitik auf eine breitere Basis gestellt und erfasste auch stärker den zivilen Bereich. Hier waren es vor allem das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) in Berlin und das Institut für Internationale Beziehungen (IIB) in Potsdam, die sich vorrangig mit den praktisch-politischen Konsequenzen des neuen sicherheitspolitischen Denkens beschäftigten.

Wenn hier vor allem der philosophische Aspekt der Diskussion hervorgehoben wird, so waren das keineswegs weltfremde Gedankenspielereien. Es ging vielmehr um die wissenschaftlich-weltanschauliche Begründung für ein komplexes Umdenken bei der Friedenssicherung in Europa und um eine neue Rolle der Streitkräfte. Die an der Militärakademie entwickelten Gedanken mögen aus heutiger Sicht manchem bundesdeutschen Altbürger banal oder gar naiv erscheinen; Anfang und Mitte der 80-er Jahre besaßen sie insbesondere in der NVA eine große politische Brisanz.

Vor allem hatten sie auch praktische Durchsetzungskraft. Und das wiederum hängt besonders mit dem – zumeist völlig zu Recht – so viel geschmähten System der ideologischen Beeinflussung in der NVA zusammen, mit dessen Hilfe die neuen Ideen sogar in beschränktem Maße verbreitet werden konnten.

Das ist für Außenstehende sicher sehr schwer nachzuvollziehen, wird aber mit dem Erkennen des bereits genannten Widerspruchs verständlich, in dem sich die Armeeführung befand. Einerseits hatte sich innerhalb der Parteiführung der SED in den 80-er Jahren eine Wende in der Außenpolitik vollzogen, die sich vor allem im Ringen um eine „Koalition der Vernunft und des Realismus“ in Europa ausdrückte. Leider vernebelt aber auch heute noch die einseitige ideologische Bewertung der DDR als totalitärer Staat die Realität, dass die DDR vor allem in den 80-er Jahren eine weltweit anerkannte Friedenspolitik praktiziert hat und ein wichtiger Faktor im Prozess des schrittweisen Abbaus der Konfrontation in Europa war. Die Führung

der Armee und besonders die PHV waren aber andererseits auf diesen Kurs nicht vorbereitet und haben es auch bis 1989 nicht verstanden, sich darauf einzustellen. Insofern stand das neue Denken in der NVA weniger im Widerspruch zur offiziellen Außenpolitik der SED als vielmehr zu den konservativen Auffassungen führender Militärs in der WVO und der NVA. Die politische Führung der NVA musste also zum einen den außenpolitischen Kurs der DDR unterstützen und in ihrem System der ideologischen Beeinflussung propagieren. Zum anderen war sie an die veralteten Denkschemata im Oberkommando der Sowjetarmee und der WVO gebunden und stellte immer wieder die ideologische und psychologische Vorbereitung der Soldaten auf einen Krieg im Sinne hoher Kampfmoral und Siegeswillen in den Vordergrund der Erziehung.

Dieser Widerspruch erfasste zunehmend das gesamte Offizierskorps der NVA und fand seine Widerspiegelung auch im offiziellen System der ideologischen Arbeit. Die ideologische Arbeit – in der Tat nur ein Teil der politischen Arbeit – hatte sich im Verlaufe der Jahre immer mehr verselbständigt und wurde von der PHV maßlos überschätzt. (7) Sie galt als das „Herzstück der Parteiarbeit“ und diente dem vorrangigen Ziel, parteitreue Soldaten zu formen. Ganz besonders galt das für die Berufssoldaten, die ihren ideologischen Schliff vor allem in der Gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung (GWA) und der Gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung (GWW) erhielten. Hier soll zunächst nur am Beispiel der GWA gezeigt werden, dass innerhalb des Systems der ideologischen Beeinflussung durchaus ein begrenzter Spielraum bestand, den Erkenntnisfortschritt im sicherheitspolitischen Denken zu diskutieren und aufzunehmen.

Neues Denken und Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung

Die Gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung war Hauptausbildungsprofil an allen Offiziershochschulen und militäarakademischen Einrichtungen. (8) Ab 1983 war auch an den OHS das Abschlussziel die Erreichung einer Diplomgraduation. Die Ausbildungszeit wurde von 3 auf 4 Jahre erhöht. 20% der Gesamtausbildungszeit entfielen auf die GWA. In den Fachrichtungen für Politoffiziere betrug dieser Anteil 50%. Gelehrt wurden in der GWA ausschließlich Kenntnisse der marxistisch-leninistischen Theorie, vor allem auf den Gebieten der Philosophie, Ökonomie, Militärgeschichte, Militärpädagogik/Militärpsychologie und des sog. Wissenschaftlichen Kommunismus, einem Lehrfach, das seinen Inhalten nach am ehesten politikwissenschaftlichen Charakter trug. Hier darf man sich vom Begriff nicht irritieren lassen. Es waren nicht nur ideologische Inhalte, die gelehrt wurden. Außerdem war noch das Lehrfach „Politische Führung und Erziehung“ Gegenstand der GWA, in dem vor allem Probleme der praktischen Parteiarbeit vermittelt wurden.

Inhaltliche Ansatzpunkte für ein neues sicherheitspolitisches Denken über Krieg und Frieden boten vor allem die Lehrfächer Philosophie und Wissenschaftlicher

Kommunismus. Im Rahmen der philosophischen Ausbildung gab es z.B. an allen Lehreinrichtungen den Unterrichtskomplex „Lehre zum Krieg und zu den Streitkräften“. Im Lehrfach Wissenschaftlicher Kommunismus bot sich am ehesten der Komplex „Probleme der internationalen Arbeiterbewegung“ dazu an. Da es einheitliche, von der PHV vorgegebene Rahmenprogramme gab, waren die Grundinhalte der GWA in allen Lehreinrichtungen gleich.

Von besonderer Bedeutsamkeit für die Verbreitung der neuen Ideen war die GWA an der **Militärakademie**. Hier erfolgte die militärwissenschaftliche Ausbildung für die Kommandohöhe Regiment und Division. Die Studenten bzw. Offiziershörer waren intelligente, truppenerfahrene Offiziere, die sich für einen höheren Dienstposten qualifizieren wollten. Für sie galt der gleiche Grundsatz wie an den OHS: 20% der Gesamtausbildungszeit entfielen auf die GWA. Das war aber zugleich eine Voraussetzung, um mit den neuen Ideen der Philosophen um Scheler sehr schnell in Berührung zu kommen.

Wenn man bedenkt, dass jährlich etwa 200 bis 250 Absolventen die Akademie verließen, so waren das in den 6 Jahren von 1984 - 1989 etwa 1200 bis 1500 Offiziere, die mit neuen Überlegungen zu Krieg und Frieden vertraut gemacht wurden und den Widerspruch mehr oder weniger in sich aufnahmen. Zumindest war damit ein Grundstein gelegt, auf dem später bei der GWW in der Truppe aufgebaut werden konnte. Hinsichtlich der gesamten Ausbildung an der Militärakademie kommt noch hinzu, dass das neue sicherheitspolitische Denken, das vor allem von den Philosophen ausging, im Lehrkörper der Akademie eine relativ große Aufmerksamkeit und Anerkennung fand. In meiner Erinnerung waren es besonders Professoren und Dozenten aus den Lehrstühlen Militärökonomie sowie Wissenschaftlicher Kommunismus, die die neuen Ideen der Philosophen aufnahmen und in ihrem Fachgebiet umsetzten. Eine relativ große Aufgeschlossenheit war auch in den Sektionen LSK/LV und Volksmarine zu verzeichnen. Grundlage hierfür war vor allem das System der wissenschaftlichen Kommunikation innerhalb der Akademie, für das der Stellvertreter für Forschung, Generalmajor Prof. Dr. Lehmann, verantwortlich zeichnete. Ihm ist es insbesondere zu verdanken, dass die Forschungsergebnisse der Philosophen im Wissenschaftlichen Rat der Akademie diskutiert und damit an der gesamten Akademie bekannt gemacht werden konnten. Außerdem wirkten die Philosophen auch als Gutachter für Dissertation an den militärwissenschaftlichen Sektionen, die sich mit Gesetzen und Gesetzmäßigkeiten des militärischen Lebens befassten. Schließlich boten auch die Veranstaltungen der GWW – wie weiter unten näher betrachtet wird – eine begrenzte Möglichkeit zur wissenschaftlichen Diskussion der neuen Fragen zu Krieg, Frieden und Streitkräften im Lehrkörper der Akademie.

Damit ist natürlich nicht gesagt, dass die Militärakademie ein Hort des ideologischen Fortschritts oder gar des Widerstands gegen die Parteiideologie war. Es gab aber eine beträchtliche Anzahl von Offizieren und Wissenschaftlern, die sich das

selbständige Denken nicht verbieten ließen. Schließlich waren es auch solche Führungspersönlichkeiten wie GM Lehmann oder einige Sektionskommandeure, die ihren Wissenschaftlern Spielraum und Schutz gewährten. All zu üppige Einmischungsversuche der PHV konnten auch dadurch abgewehrt werden, dass die Akademie als Ganzes faktisch dem Hauptstab unterstand, auf den die Scheuklappen-Ideologen der PHV keinen direkten Zugriff hatten.

Im Unterschied zur Militärakademie war die **Militärpolitische Hochschule (MPHS)** dem Chef der PHV unterstellt und wurde bis 1988 vom Stellvertreter des Chefs der PHV für ideologische Arbeit, GL Hampf, direkt geführt. Hampf hatte zugleich die Oberaufsicht über alle sozialwissenschaftlichen Sektionen der OHS und auch der Militärakademie. Sein Apparat formulierte die ideologischen Anforderungen und Hauptinhalte für jegliche gesellschaftswissenschaftliche Aus- und Weiterbildung in der NVA.

Für die PHV war die MPHS in erster Linie die Parteischule der NVA und erst in zweiter Linie eine wissenschaftliche Einrichtung. Kein Wunder, dass hier ideologische Beschränkungen in besonderem Maße wirkten. Als Hüter der reinen Lehre verstand sich vor allem die Politabteilung der Hochschule. Nichtsdestotrotz galt aber auch für die MPHS, was schon im Hinblick auf die Militärakademie festgestellt wurde. Auch hier gab es Lehroffiziere und Wissenschaftler, die fähig waren, selbständig zu denken. Und auch hier waren es vorrangig die Lehrstühle für Philosophie, Militärökonomie und Wissenschaftlicher Kommunismus, die die von der Militärakademie kommenden Ideen als erste aufnahmen. Eine Umsetzung in die Lehre erfolgte allerdings sehr vorsichtig und zögerlich und war mehr oder weniger auf einzelne Lehroffiziere beschränkt. Vor allem in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre flossen die neuen sicherheitspolitischen Ideen aber zunehmend in die Ausbildung ein – was von den Führungskräften der Hochschule und der PHV mehr oder weniger toleriert wurde. Allerdings war es nicht möglich, diese Ideen in die programmatischen Unterlagen aufzunehmen.

Die Hauptaufgabe der MPHS bestand in der Ausbildung von Politoffizieren. Dazu gab es ein umfangreiches System von Heran- und Weiterbildungslehrgängen für Truppenoffiziere der ersten und zweiten Offiziersdienststellung. Das Hauptprofil bestand in einem 3-jährigen Studium zum Diplomgesellschaftswissenschaftler bzw. Diplomlehrer für verschiedene gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen. In den letzten Jahren verließen jährlich etwa 100 Absolventen die Diplomlehrgänge der Hochschule.

Ein besonderes Ausbildungsprofil der MPHS waren die „Akademischen Kurse“. In diesen Kursen wurden die sogenannten leitenden Kader der NVA politisch aufgefrischt. In der Regel mussten alle Generale und Admirale sowie Offiziere mit den entsprechenden Dienstposten im 2-Jahresrhythmus für 6 Wochen zu diesen Lehrgängen an die MPHS. Die Personalstärke dieser Lehrgänge betrug nicht mehr als 20 Personen. Das waren – bis auf wenige Ausnahmen – militärische Führungs-

persönlichkeiten, die im Leben standen und sich nicht mit ideologischen Allgemeinplätzen abspeisen ließen. Natürlich stand auch hier die Parteitreu an oberster Stelle der Lehrgangsziele. Und der Chef der PHV bzw. einer seiner Stellvertreter ließen es sich nie nehmen, die Linie der Partei selbst zu erklären. Obwohl es auch hier einen festen Rahmenplan gab, standen aber stets aktuelle Probleme der Entwicklung in der DDR und der Weltpolitik im Vordergrund. Großen Anteil an der inhaltlichen Ausfüllung dieses Rahmenplans und der offenen Atmosphäre der Kurse hatte Klaus Schirmer – lange Zeit Leiter des Lehrstuhls für Wissenschaftlichen Kommunismus und in den letzten Jahren für Forschung an der MPHS verantwortlich.

Eine Besonderheit dieser Kurse bestand vor allem darin, dass kompetente Fachleute mit einem hohen Informationshintergrund aus staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen der DDR als Gastreferenten einbezogen wurden, die sich – im Unterschied zu den Referenten aus dem Ministerium für Nationale Verteidigung - nicht scheuten, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Zu diesen unbequemen Wahrheiten gehörten auch die neuen philosophischen Erkenntnisse zur Problematik von Krieg und Frieden und ihre Konsequenzen für das Militärwesen. Rolf Lehmann gehörte selbst mehrere Jahre zu jenen Gastreferenten, die ihr Thema aus der Sicht der neuen Erkenntnisse vortrugen und diskutieren ließen.

Diese - eher elitären – Kurse hatten die vielleicht tiefsten und nachhaltigsten Auswirkungen auf das sicherheitspolitische Denken innerhalb der NVA. Die neuen Ideen konnten damit zugleich unmittelbar in den militärischen Führungskreisen Fuß fassen. Ich selbst entsinne mich zahlreicher heftiger – und für die damalige Zeit nahezu „ketzerischer“ Diskussionen im Hinblick auf die Konsequenzen dieses neuen Denkens. Schließlich standen damit relativ frühzeitig solche Probleme wie die „Anerkennung der Friedensfähigkeit des Imperialismus“ oder die Preisgabe des traditionellen Feindbilds der NVA unmittelbar auf der Tagesordnung. Von der Diskussion innerer Probleme der DDR ganz abgesehen.

Wenn man bedenkt, dass im Großteil der Hörsäle und Seminarräume Ab- bzw. Mithöreinrichtungen installiert waren, kann man sich eigentlich nur wundern, dass keiner der Lehrer oder teilnehmenden Generale und Offiziere von der Staatsicherheit belangt wurde. Offensichtlich war nur die PHV beunruhigt. Von der Sicherheitsabteilung des Zentralkomitees – die in den letzten Jahren unter Führung von Wolfgang Herger stand und der auch selbst in den Kursen auftrat – wurden wir zu den offenen Diskussionen eher ermutigt. Aber wir kannten natürlich auch die Spielregeln. Die Partei war das Fundament der Gesellschaft. Und dieses Fundament durfte nicht in Frage gestellt werden. Darüber hinaus gab es – zumindest auf einer bestimmten Führungsebene – keine Tabus. Welche Brisanz eine solche Lehrveranstaltung tatsächlich hatte, hing von der Persönlichkeit des jeweiligen Lehrers und auch vom Format der Teilnehmer ab. Man kann das heute als Opportunismus oder auch Heuchelei abtun. Wir haben unsere Haltung damals gewiss nicht so

verstanden. Eher war es für uns ein Weg, sich den Realitäten des Lebens bis zu einem gewissen Grade stellen zu können. Heute gibt es sicher keinen Grund mehr, darauf besonders stolz zu sein, aber so funktionierte nun einmal in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre der Mechanismus eines stückchenweisen Umdenkens, das schließlich auch im friedlichen Charakter des Zusammenbruchs der DDR mündete. Der Korrektheit halber sei vermerkt, dass es natürlich vor allem die praktischen Erfahrungen mit dem realen Sozialismus in diesen Jahren waren, die dann dem Handeln in der Wendezeit die notwendigen Impulse verliehen.

Für die Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung (GWA) an den **Offiziershochschulen (OHS)** mag die OHS der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung in Kamenz als Beispiel gelten. Hier war ich nach meiner Promotion an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften im Jahre 1975 zunächst selbst einige Jahre tätig und habe mir meine Wertschätzung der Hochschule und einiger guter Freunde bis heute erhalten.

Entsprechend den Vorgaben der PHV wurden die weltanschaulichen Grundlagen zu den Problemen von Krieg und Frieden auch hier im Lehrfach Philosophie behandelt. Der Studienabschnitt hieß „Die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und den Streitkräften“ und umfasste – inklusive des gemeinsamen Selbststudiums - 20 Unterrichtsstunden. Der langjährige Lehrstuhlleiter, Hermann Schierz, war ein Schüler von Scheler und seit Beginn der Arbeit an seiner Dissertation im Jahre 1972 eng mit dem Lehrstuhl an der Militärakademie verbunden. Insofern gab es zwischen Kamenz und Dresden kurze Wege – auch um die neuen Erkenntnisse unmittelbar in die Lehre an der Offiziershochschule in Kamenz einfließen zu lassen. Das erfolgte oft noch bevor die entsprechenden Gedanken veröffentlicht wurden. In Kamenz gab es auch keine Skrupel, neue Erkenntnisse sehr schnell in die offiziellen Unterrichtsdokumente zu übernehmen und die Publikationen von Lehmann, Scheler, Fischer u.a. zur Pflichtlektüre zu machen

Eine wichtige Grundlage für das Eindringen des neuen sicherheitspolitischen Denkens in die Lehre an den OHS bildeten die sogenannten Fachkommissionen. Das waren beratende Gremien der PHV, die für alle Lehrfächer der GWA bestanden und in der Regel ein- bis zweimal jährlich zusammenkamen. Mitglieder der Kommissionen waren die Lehrstuhlleiter der jeweiligen Fachdisziplinen aller Hochschuleinrichtungen der NVA. Da die Fachkommission Philosophie von Scheler geleitet wurde, war gewährleistet, dass die neuen Erkenntnisse der Militärakademie zunächst erst einmal in diesem Gremium diskutiert und damit auch schnell an die Offiziershochschulen weitergegeben werden konnten.

Letztlich hing es aber von den Hochschullehren an den OHS selbst ab, wie sie mit den neuen Problemen gegenüber ihren Offiziersschülern umgingen. Im Unterricht waren sie zwar autonom, aber es galten für sie natürlich die gleichen Spielregeln, wie sie schon für die „Akademischen Kurse“ an der MPHS erwähnt wurden – nur

noch etwas verschärfter. Aber schließlich gab es auch überall – selbst in den höheren Politstäben – Offiziere und Generale, die sich den neuen Problemen nicht verschlossen und die Hand schützend über so manchen Lehroffizier gehalten haben, der scheinbar zu weit vorgeprescht war. Ich denke da z.B. an Generalmajor Gerd Weber, der selbst Kommandeur der Sektion Gesellschaftswissenschaften an der OHS in Kamenz war, bevor er Stellvertreter des Leiters der Politischen Verwaltung der LSK/LV wurde. Und ich denke auch an Generalleutnant Hans Süß, dem damaligen Kommandeur der OHS und späteren Chef der Militärakademie.

Neues Denken und Militärreform

Insbesondere sei hier natürlich Rolf Lehmann hervorgehoben, der zu jenen Militärs gehörte, die sich für das neue sicherheitspolitische Denken sehr stark auch außerhalb der NVA einsetzten. Das wichtigste Forum für solche „Außenaktivitäten“ war der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR, der im Oktober 1987 gebildet wurde und unter seinem Vorsitzendem Max Schmidt sehr intensiv und öffentlichkeitswirksam tätig war. Rolf Lehmann war der erste Wissenschaftler in Uniform, der in diesen Rat berufen wurde. Kurz danach kamen aus dem militärakademischen Bereich noch Wolfgang Scheler sowie von der MPHS Klaus Schirmer und Wilfried Schreiber hinzu.

Der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung umfasste etwa 60 bis 70 Mitglieder aus allen Wissenschaftsbereichen und ermöglichte eine sehr schnelle Kommunikation der Wissenschaftler untereinander sowie eine effektive interdisziplinäre Abstimmung ihrer Forschungsprojekte. Die Führung der SED versprach sich von diesem Rat vor allem fachliche Kompetenz und zusätzliche Impulse zur Unterstützung ihrer Friedenpolitik nach dem Erscheinen des Doktrindokuments der WVO vom Mai 1987. Faktisch wurden durch die Autorität dieses Rates aber auch all jene Kräfte in der NVA gestärkt, die sich aktiv für den Paradigmenwechsel im militärischen Denken einsetzten. Indirekt wurde damit auch ein gewisser Druck auf die Armeeführung zur Umsetzung der neuen Militärdoktrin ausgeübt.

In der kurzen Zeit bis zum Ende der DDR gab es zahlreiche Aktivitäten des Rates, die in diese Richtung gingen. Das waren vor allem thematische Ratstagungen oder die Organisation des Nationalen Friedenskongresses der Wissenschaftler der DDR im November 1988. Rolf Lehmann und Wolfgang Scheler sind mir bei all diesen Veranstaltungen sehr auffällig in Erinnerung geblieben. Ich möchte mich hier aber nur auf *ein* Beispiel beschränken, das deutlich macht, in welche Richtung sich das neue sicherheitspolitische Denken letztlich entwickelte.

Ich denke da vor allem an die internationale Konferenz Mitte November 1989 in Moskau zum Thema „Neues Denken und Militärpolitik“. Initiator war Generalmajor Tschaldymow, Leiter des Lehrstuhls für Philosophie an der Militärpolitischen Akademie „W. I. Lenin“, Mitglied des Präsidiums der Philosophiegesellschaft der UdSSR und Vorsitzender der Sektion „Krieg und Frieden“ dieser Gesellschaft.

Tschaldymow weilte in Vorbereitung dieser Konferenz bereits im Februar 1989 in der DDR und warb für eine repräsentative Delegation der NVA mit Lehmann an der Spitze. Die PHV wollte das aber auf kleiner Flamme halten und ließ auch eine Teilnahme von Lehmann offen.

Letztlich kam es zu einer DDR-Teilnahme durch eine kleine Delegation des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung, die dann doch von Lehmann geführt wurde. Als Militärs nahmen noch Scheler und Schreiber teil. Dazu kamen noch 3 Wissenschaftler aus dem zivilen Bereich. Wir sechs reisten also kurz nach dem Fall der Berliner Mauer in Moskau an und sahen uns auf einmal inmitten einer Riesenveranstaltung mit rund 1500 Teilnehmern aus den sowjetischen Streitkräften. Ziel der Konferenz war es, dem neuen Denken in der Sowjetarmee – insbesondere über die wissenschaftlichen Einrichtungen der Armee - einen Impuls zu geben und zugleich die Militärs in die internationale Diskussion einzubeziehen. Zu unserer Überraschung gehörten zu den internationalen Gästen auch Wissenschaftler und einige Militärs aus NATO-Ländern, darunter der USA und der Bundesrepublik. Uns interessierten vor allem die westdeutschen Gäste. Das waren der Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr Professor Fleckenstein mit 3 Mitarbeitern (alles Zivilisten) und Brigadegeneral a.D. Hagen. Hagen hatte im März des Jahres noch als Stellvertreter des Kommandeurs der Führungsakademie der Bundeswehr am ersten offiziellen Treffen von Offizieren der Bundeswehr und der NVA teilgenommen, das Egon Bahr an seinem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) organisiert hatte. Lehmann und Hagen waren sich dort begegnet, was uns sehr schnell den Kontakt zu unseren wissenschaftlichen Kollegen aus der Bundesrepublik finden ließ. Übrigens sind diese Kontakte zum Teil bis heute nicht abgebrochen.

Die Konferenz war gut vorbereitet. Die Plenarbeiträge der Sowjets widerspiegelten im Wesentlichen den neuen Geist der Militärdoktrin vom Mai 1987. In den Sektionen wurde dann schon eher deutlich, dass das neue Denken auch in der Sowjetarmee seine Grenzen hatte. Scheler hielt einen Aufsehen erregenden Beitrag im Plenum, der darin gipfelte, dass er Grundzüge einer Militärreform in der DDR entwickelte.

Für uns sechs Teilnehmer aus der DDR war es klar, dass grundlegende Veränderungen in der DDR und der NVA notwendig sind. Wir entschlossen uns daher, unverzüglich ein kurzes, prägnantes Konzeptpapier für eine umfassende Militärreform in der DDR zu erarbeiten. Der erste Entwurf wurde noch in unserem Hotelzimmer in Moskau fertiggestellt. Eine Woche später, so um den 20. November herum, gaben wir dem Papier in Berlin den letzten Schliff und nannten es „Militärreform in der DDR – Denkanstöße und Vorschläge“. (9) Die Unterzeichner waren die sechs Teilnehmer von Moskau: Klaus Benjowski, Bernhard Gonnermann, Rolf Lehmann, Wolfgang Scheler, Wilfried Schreiber und Wolfgang Schwarz. Unser Ziel war es, das Papier so schnell wie möglich publik zu machen. Wir schickten es daher direkt an den Minister für Verteidigung. Gleichzeitig

versuchten wir eine Veröffentlichung in der Militärpresse. Aber das wurde von der noch existierenden PHV vereitelt. So erfolgte die erste Veröffentlichung Anfang Januar 1990 im „Spiegel“.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass es eigentlich nur ein folgerichtiger Schritt war, um vom Umdenken über unseren militärischen Auftrag zur Erkenntnis der Notwendigkeit eines umfassenden Reformprozesses in der NVA zu gelangen. Die nachfolgenden Monate zeigten, wie groß die Bereitschaft für solche Reformen im Offizierskorps der NVA tatsächlich war. Ein wesentlicher Ausgangspunkt für diese Reformbereitschaft bestand zweifellos darin, dass in der NVA – zunehmend ab der Mitte der 80-er Jahre – eine intensive Diskussion zu den veränderten Aspekten des Zusammenhangs von Krieg, Frieden und Streitkräften stattfand, für die das System der ideologischen Arbeit den entscheidenden Rahmen bildete. Diese Diskussion war möglich, weil es in allen Bereichen und auf allen Ebenen Offiziere gab, die Fragen stellten und sich mit Plattheiten nicht abspeisen ließen. Und die Zahl solcher Offiziere nahm in den letzten Jahren der DDR rasch zu.

Neues Denken – was hat es gebracht?

Es ist noch heute für westliche Historiker und Offiziere der alten Bundeswehr schwer vorstellbar, dass in der NVA, die ja in ihrer inneren Verfasstheit nur als Parteiarmee verstanden wird, - vor allem in Stäben und Lehreinrichtungen - relativ freimütig über heikelste Fragen diskutiert werden konnte. Und das Problem der Sinnlosigkeit eines Krieges war eines der brisantesten Probleme, die es gab. Natürlich waren für uns Kampfhandlungen vorstellbar. Das hat ja die NVA auch hinlänglich trainiert. Aber das Ergebnis realer Kampfhandlungen wäre eine Wüste in Zentraleuropa gewesen. Krieg hätte Selbstvernichtung bedeutet und wäre das Ende von Politik in Europa gewesen.

Das Bewusstwerden dieser neuen Situation hat sich zunächst sehr langsam vollzogen. Es mündete jedoch in den letzten Jahren der DDR in einem „beispiellosen Prozess des Umdenkens über den militärischen Auftrag und seine weltanschaulichen Grundlagen“. (10) Kern dieses Umdenkens war eine Haltung, die darauf abzielte, alles zu tun, um zu verhindern, dass Waffen sprechen. Militärische Fähigkeiten machten nur noch Sinn im Rahmen einer hinlänglichen Abschreckung auf immer niedrigerem Niveau mit der Tendenz zu einer schrittweisen Entmilitarisierung der Sicherheit.

Die Dimension dieses Umdenkens wird deutlich, wenn man sich an Positionen erinnert, die über lange Zeit das Denken in der NVA bestimmt hatten: Friedliche Koexistenz wurde bis in die 80-er Jahre hinein in erster Linie als Klassenkampf gegen den Imperialismus verstanden. Eine militärische Auseinandersetzung mit der NATO galt als durchaus vorstellbar und wäre von östlicher Seite als ein gerechter Krieg verstanden worden. An einem *gesetzmäßigen* Sieg des Sozialismus in einem

solchen Krieg hätte es keinen Zweifel gegeben. Und selbst ein Präventiv- bzw. Präemptivschlag gegen den „aggressiven Imperialismus“ war lange ein Thema von Gedankenspielen – unabhängig von einem eventuellen Planungshintergrund. Das waren verbreitete *Denkhaltungen* in einer Zeit, als Nuklearwaffen schon längst reale Einsatzoptionen auf beiden Seiten bildeten! Und gewiss hat es auch bis zum Ende der DDR noch Offiziere mit solchen Positionen gegeben.

Seine vielleicht bedeutendste Wirkung entfaltete das neue Denken in den Wende- tagen des Jahres 1989/1990 im Ringen um eine friedliche Ablösung der alten Machtstrukturen in der DDR. „Auf einmal hatte die Konzeption des Verständigungsfriedens eine Bewährungsprobe auf einem dafür gar nicht vorgesehenen Feld, beim inneren Frieden zu bestehen.“ (11) Im realen, praktischen Verhalten der übergroßen Masse aller Armeeangehörigen wurde deutlicher als sonst irgendwo: die NVA des Jahres 1989 war nicht mehr die NVA des Jahres 1979. Sie hatte ein völlig neues Selbstverständnis gefunden.

Diese Veränderung widerspiegelte sich auch in den Bemühungen um eine eigene Militärdoktrin der DDR – als Teil eines umfassend angelegten Reformprozesses in den letzten Monaten der NVA. So entstand am Runden Tisch des neuen und letzten Verteidigungsministers der alten DDR, Admiral Theodor Hoffmann, in gemeinsamer Arbeit von Offizieren des MfNV, der Militärakademie und der Militärpolitischen Hochschule mit den sich formierenden demokratischen Kräften „Militärpolitische Leitlinien“ für eine bessere DDR, in denen sich das neue sicherheitspolitische Denken und der Wunsch nach komplexen Reformen manifestierte. (12) Hier wird erkennbar, dass das Umdenken schließlich auch höhere Führungspositionen ergriffen hatte. Diese Leitsätze sind durch das schnelle Ende der DDR nie wirksam geworden; aber sie bleiben Zeugnis eines realen Veränderungswillens, der letztlich von vielen, wahrscheinlich sogar den meisten Offizieren getragen wurde.

Die Nachwirkungen des geistigen Wandlungsprozesses reichen über das Ende der NVA hinaus bis in die unmittelbare Gegenwart. Die Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik, die Verinnerlichung der Überzeugung, dass mit Waffen die Probleme unserer Welt nicht mehr zu lösen sind, hat viel ehemaligen Offiziere der NVA in die Reihen der Friedensbewegung geführt. Sie engagierten sich gegen die Kriegseinsätze der NATO auf dem Balkan wie auch gegen den Krieg der USA im Irak.

Vielleicht hat sich auf diese Weise auch nur ein humanistisches Ideal erhalten – das unabhängig vom totalitären Führungsanspruch der SED innerhalb der Partei und Gesellschaft der DDR gewirkt hat. Auf jeden Fall waren die Philosophen und andere reformorientierte Wissenschaftler der Militärakademie geistige Wegbereiter für die Erhaltung und Ausprägung dieses Ideals.

Anmerkungen

1. Siehe W. Scheler, 10 Jahre danach: Neuer Kalter Krieg oder gemeinsame Sicherheit. In: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdner Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS). DSS-Arbeitspapiere, Dresden, H. 50-2001, S. 123 ff.
2. Siehe E. Hocke/W. Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart, Berlin 1977.
3. Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges. Hrsg. von der Militärakademie „Friedrich Engels“, Autorenkollektiv unter Leitung von W. Scheler, Dietz Verlag Berlin 1984, 282 S.
4. Siehe G. Ch. Schachnasarow; Die politische Logik des Nuklearzeitalters. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, H. 5/1984, S. 451 ff.
5. Siehe W. Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden im nuklearen Zeitalter (I). In: Militärwesen. Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie, Berlin, H. 1/87, S. 13 ff und W. Scheler; Über Krieg und Frieden im nuklearen Zeitalter (II). In: ebenda, H. 2/87, S. 9 ff.
6. Siehe W. Scheler, Weltanschauliche Grundlagen unserer Militärdoktrin. In: Militärwesen. Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie, Berlin, H. 9/89, S. 31 ff.
7. Siehe W. Rothe, Jahre im Frieden. Eine DDR-Biografie, GNN Verlag 1997, 252 S.
8. Siehe H-D. Hein/P. Wollina, Die politische Arbeit und Probleme der demokratischen Mitbestimmung in der NVA. In: Was war die NVA? Studien - Analysen – Berichte zur Geschichte der Nationalen Volksarmee. Hrsg. von Arbeitsgruppe Geschichte der NVA und Integration ehemaliger NVA-Angehöriger in Gesellschaft und Bundeswehr beim Landesvorstand Ost des DBwV. Selbstverlag der Arbeitsgruppe, Berlin 2001, S. 287 ff.
9. Siehe Dokument 1 Militärreform der DDR – Denkanstöße und Vorschläge. In: B. Gonnermann/G. Merkel, DDR ohne Waffen? Sicherheitspolitische Dokumente, Berlin Brandenburgisches Verlagshaus 1990, S. 51-53.
10. W. Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden in der NVA. In: Rührt euch! Zur Geschichte der NVA, Hrsg. W. Wünsche, edition ost, Berlin 1998, S. 508.
11. Ebenda, S. 524.
12. Siehe Dokument 11 Entwurf Beschluss der Volkskammer über die militärpolitischen Leitsätze der Deutschen Demokratischen Republik, Runder Tisch Militärreform. In: B. Gonnermann/G. Merkel, DDR ohne Waffen? a.a.O., S. 62-64.